

HEFT 1, 2013

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE MAGAZIN



Botschaft des Generalsekretärs der OSZE, Lamberto Zannier

Mit großer Freude präsentiere ich Ihnen die erste Ausgabe des neuen Magazins der OSZE, das ab nun „Sicherheitsgemeinschaft“ heißt.

Die OSZE-Region erstreckt sich über den ganzen Erdball – von Vancouver an der kanadischen Pazifikküste bis Wladiwostok am östlichsten Rand der Russischen Föderation. Die 57 Teilnehmerstaaten der weltweit größten regionalen Sicherheitsorganisation haben sich einer gemeinsamen Vision verschrieben: aus ihrer Region eine Sicherheitsgemeinschaft zu machen.

„Eine freie, demokratische, euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele“ – so lautete die Definition dieser Vision, die die Staats- und Regierungschefs 2010 auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Astana formulierten.

Wie ehrgeizig diese Zielsetzung ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Begriff Sicherheitsgemeinschaft vom amerikanischen Wissenschaftler Karl Deutsch geprägt wurde, der damit in den 1950er Jahren den außergewöhnlichen Fall einer in friedlicher Absicht vereinten Gruppe von Staaten beschrieb, deren Gemeinschaftssinn so groß ist, dass ihnen ein Krieg unmöglich erscheint. Es ist ermutigend, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten, die sich bereits in der Schlussakte von Helsinki 1975 zum Grundsatz des Gewaltverzichts bekannten, dieses Ziel – ungeachtet mancher Schwierigkeiten, die auf dem Weg dorthin zu überwinden sind – erreichen wollen.

Sie sind jedenfalls entschlossen, es zu versuchen, und sich dafür noch mehr anzustrengen. Als sich die Außenminister vergangenen Monat zum Ministerrat in Dublin trafen, fanden sie es an der Zeit, der OSZE im Ausblick auf den 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki einen starken und nachhaltigen politischen Impuls zu geben, um ihre Zusammenarbeit zu verstärken und deutliche Fortschritte

auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft zu machen, – in einem Prozess, den sie „Helsinki+40“ nannten.

Will man eine Sicherheitsgemeinschaft aufbauen, muss man engmaschige Netze zur Zusammenarbeit in den Bereichen der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, ökologischen und menschlichen Sicherheit knüpfen. Das heißt, dass es dabei in erster Linie um Menschen geht, Menschen, die mit einander kommunizieren und zusammenarbeiten, um Vertrauen aufzubauen und Differenzen zu überbrücken.

Seit Antritt meines Mandats als Generalsekretär liegt es mir besonders am Herzen, die Sichtbarkeit der OSZE zu erhöhen. Schon in meiner Einführungsrede sagte ich, dass wir diese Organisation unseren führenden Politikern und Gesellschaften wesentlich besser erklären müssen, wenn wir wollen, dass unsere ehrgeizige Vision Wirklichkeit wird. Damals habe ich auch vorge-schlagen, Akteure der informellen Diplomatie beizuziehen, um Bewegung in die Debatte über OSZE-Themen zu bringen. Daraus entstand in der Folge die IDEAS-Initiative mit vier wissenschaftlichen Workshops in vier Teilnehmerstaaten. Ich teile voll und ganz die im jüngsten Bericht der IDEAS-Initiative vertretene Auffassung, die Chance der OSZE liege darin, zu einem neuen Denken und zur Prüfung neuer Ideen in einem umfassenden kommunikativen Prozess mit der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern, anderen internationalen Organisationen und Partnerstaaten zu ermutigen.

Ich glaube, dass unser Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ ein nützliches Medium dafür werden kann. Zu den vielfältigen, die Sicherheit unseres Lebens betreffenden Themen, bringt es Analysen von Experten, Berichte von Insidern, persönliche Meinungen, kulturelle Gesichtspunkte und Beiträge von Künstlern. Ich hoffe, dass die Leser unser neues Magazin inhaltsreich, unterhaltend, anregend und integrativ finden. Nutzen wir es als Forum für einen offenen Gedankenaustausch und konstruktiven Dialog, um die Teilnehmerstaaten und ihre Gesellschaften einander näher zu bringen und damit einer echten Sicherheitsgemeinschaft den Weg zu bereiten.

Überblick »



1 Dublin Mehr als 50 Minister und 1400 Delegierte kamen am 6. und 7. Dezember 2012 in Dublin zum 19. Treffen des Ministerrats der OSZE zusammen, dem größten, das die irische Hauptstadt je ausgerichtet hatte. _ p4

2 Ukraine Mit ihrer reichen Geschichte, ihrem riesigen kulturellen Erbe und der eindeutigen Ausrichtung auf Europa ist die Ukraine gut aufgestellt, ein Umdenken zu fördern, weg vom Konfrontationsdenken, hin zu einem kooperativen Ansatz, meint der Amtierende Vorsitzende der OSZE

und ukrainische Außenminister Leonid Koschara. _ p16

3 Den Haag Es war 1992 jedenfalls ein unerhört mutiger Schritt, eine einzelne Person, auch wenn sie über reiche Erfahrung verfügte und ihr höchste Integrität bescheinigt wurde, damit zu betrauen, in durch ethnische Spannungen ausgelösten Konflikten, die ihrer Einschätzung nach eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, in direkten Kontakt mit den betroffenen Staaten zu treten und dort tätig zu werden. _ p31

4 Moldau Was an der Republik Moldau neben vielen anderen Dingen so fasziniert, sind ihre Multiethnizität und Vielsprachigkeit. Sie ist Heimat einer Vielzahl von Volksgruppen, die viele verschiedene Sprachen sprechen: Rumänisch, Russisch, Ukrainisch, Gagausisch und Bulgarisch. _ p39

5 Serbien Jeder siebte Bürger Serbiens gehört einer ethnischen Minderheit an. „Der Aufbau einer stabilen Demokratie in einer multiethnischen Gesellschaft verlangt einen professionellen

Polizeidienst, der das Spiegelbild der Bevölkerung ist, der er dient“, meint Paula Thiede, die amtierende Leiterin der OSZE-Mission in Serbien. _ p41

6 Kopenhagen Desirée, eine brillante Wissenschaftlerin aus Brasilien, war in Kopenhagen (Dänemark) mehr oder minder gestrandet, ehe sie Catharina traf, Mentorin für ein innovatives Programm des Dänischen Zentrums für Geschlechtergleichstellung und Vielfalt (KVINFO). _ p43

Inhalt » Ausgabe 1, 2013

Track II Sicherheitsgemeinschaft – ein Hirngespinnst? Die OSZE Teilnehmerstaaten haben sich der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft verschrieben, kämpfen jedoch um einen einheitlichen Standpunkt zu konventioneller Rüstungskontrolle, subregionalen Konflikten und Menschenrechten. Drei an der IDEAS Initiative teilnehmenden Wissenschaftler zeigen auf, wie es weitergehen könnte und warum das wichtig ist. [22](#)

Botschaft des Generalsekretärs

Ministerrat

In der schönen Stadt

Dublin Am 6. Und 7. Dezember 2012 fand in Dublin das Neunzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE statt [4](#)



Gute Regierungsführung im Visier der Öffentlichkeit

Noch bis vor Kurzem hatten die Bürger einer Demokratie wenig Einblick in das Tagesgeschäft ihrer Regierung [6](#)

Vorausplanen: „Helsinki

+40“ Kommentare der Außenminister zum Beschluss, auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft bis zum Jahr 2015 voranzukommen. [8](#)

Jetzt sind wir 57 Interview mit Luvsanvandan Bold, Außenminister der Mon-

golei, jüngster Teilnehmerstaat der OSZE [12](#)

Stimmen

Helsinki+2 „Als das erste Folgetreffen der KSZE 1977 in Belgrad stattfand war ich als Kabinettschef des Unterstaatssekretärs für politische Angelegenheiten in Jugoslawien dabei“ [14](#)

Interview

Die Ukraine stellt die Weichen für 2013 Interview mit dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine [16](#)

Die Ukraine: Fakten und Zahlen

Die Ukraine ist das größte Land Europas, dessen Grenzen ausschließlich auf dem europäischen Kontinent liegen [18](#)



Track II

Ein Prozess; es geht um die euroatlantische Sicherheit; Erwartungen unter einen Hut bringen? [24](#)

Über den Tellerrand

„Frauen in Friedensmissionen: Anleitung zum erfolgreichen Überleben“ Auf welche Werte und zwischenmenschliche Kompetenzen kommt es an, wenn man als Frau in einem Konfliktumfeld tätig ist? [26](#)



Meilensteine

20 Jahre Hoher Kommissar für nationale Minderheiten – Der ungebrochene Wert einer innovativen Institution Das Konzept des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten als Instrument der Konfliktverhütung im frühestmöglichen Stadium ist nach wie vor relevant. [31](#)

Still, nicht stumm Interview mit Knut Vollebaek, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten [34](#)

Aus dem Feld

Moldau: In der Vielfalt liegt die Stärke; Eine Chance zur Verständigung; Serbien: „Türöffner“ Polizei [39](#)

Meine Geschichte

Raketwissenschaftlerin trifft dänische Wikingerin Das KVINFO bringt seit 2002 Flüchtlingsfrauen und Immigrantinnen mit Frauen zusammen, die auf dem dänischen Arbeitsmarkt aktiv sind [43](#)



Auslese

BBC Buchpreise für ukrainische Literatur; das Buch des Jahres; ukrainisches Nationalgericht Borsch; aktuelle OSZE Publikationen; erscheint demnächst – CSCE/OSCE Oral History [46](#)



OSZE- Ministerrat in der schönen Stadt Dublin

Am 6. und 7. Dezember 2012 wurde das 19. Treffen des OSZE-Ministerrats in Dublin abgehalten. Über 50 Minister und 1 400 Delegierte nahmen daran teil.

Beschlüsse

Beschluss Nr. 1/12 Die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 [Schweiz] und 2015

Beschluss Nr. 2/12 Beitritt der Mongolei zur OSZE

Beschluss Nr. 3/12 Der „Helsinki +40“ Prozess der OSZE

Beschluss Nr. 4/12 Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen

Beschluss Nr. 5/12 Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats [Kiew, 5. und 6. Dezember 2013]

Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format

Ministerratsbeschlüsse, Dokumente und Erklärungen können unter folgender Adresse aufgerufen werden: http://www.osce.org/event/mc_2012



Foto OSZE/Jonathan Perfect

Transnistrien – ein Auftakt

Zum ersten Mal in zehn Jahren konnten sich die Teilnehmerstaaten einstimmig zu den Verhandlungen zur Lösung des Konflikts zwischen Moldau und der abtrünnigen Region Transnistrien äußern – in einer Erklärung, in der sie die Abhaltung von fünf offiziellen Treffen im Jahr 2012 begrüßen und ihrer Genugtuung über die Reaktivierung der Arbeit der Expertenarbeitsgruppe und der direkten Kontakte zwischen den Konfliktseiten Ausdruck verleihen.

Die letzte derartige Erklärung geht auf das Ministerratstreffen in Porto 2002 zurück – und klang wesentlich weniger positiv: „Wir

sind zutiefst besorgt, dass trotz der Bemühungen der Republik Moldau und der Vermittler der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine, 2002 keinerlei Fortschritte im Hinblick auf Verhandlungen über eine umfassende politische Regelung des Problems Transnistrien zu verzeichnen waren.“

Die Aussichten auf eine Beilegung des seit dem Zerfall der Sowjetunion vor zwanzig Jahren ungelöst schwelenden Konflikts verschlechterten sich, ehe sie schließlich besser wurden. Nach sechsjähriger Unterbrechung wurden die Verhandlungen Ende 2011 im derzeitigen „5+2“-Format wiederaufgenommen, das

die Konfliktparteien sowie die OSZE, die Russische Föderation und die Ukraine als Vermittler und die Europäische Union und die Vereinigten Staaten als Beobachter umfasst.

Nach wie vor müssen viele heikle Fragen erst angegangen werden. Die erwähnten Fortschritte beschränken sich auf die Verabschiedung von Verfahrensgrundsätzen und einer Tagesordnung.

In ihrer Funktion als OSZE-Vorsitz und Vermittler hat die Ukraine der Beilegung des Transnistrien-Konflikts oberste Priorität eingeräumt. „Wir müssen die Verhandlungen in den bestehenden Formaten mit

neuem Leben erfüllen und ein Eskalieren der Spannungen verhindern. Die Lösung von Langzeitkonflikten muss für die OSZE und alle Teilnehmerstaaten weiterhin Hauptpriorität bleiben“, sagte Außenminister Leonid Koschura zu Amtsantritt am 1. Januar. Moldau wird das erste Land sein, dem er am 21. und 22. Januar einen Besuch abstattet. In seiner Botschaft wird er die führenden Politiker auffordern, ihre Bemühungen zu verstärken, um in den Verhandlungen über eine Beilegung voranzukommen. Die nächste „5+2“-Sitzung ist für Februar in Lemberg (Ukraine) anberaumt.



Foto OSZE/Dan Dennison

Bedrohungen über Grenzen hinweg

Ob Internet-Kriminalität, Terrorismus oder Menschenhandel – die größten Bedrohungen unserer Sicherheit in der heutigen Zeit kennen keine Grenzen. Die Außenminister billigten in Dublin ein Paket von vier Beschlüssen des Ständigen Rates zu folgenden Themen:

Internet-Kriminalität

Zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem

Einsatz von Informations und Kommunikationstechnologien ergeben, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich auch 2013 mit der Ausarbeitung relevanter vertrauensbildender Maßnahmen in diesem Bereich befassen wird.

Bekämpfung des weltweiten Drogenproblems

Es wurde ein politischer Rahmen zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen und der Abzweigung von

Drogenausgangsstoffen verabschiedet. Die OSZE wird mit Partnern zusammenarbeiten und dazu Informationen austauschen und das grenzüberschreitende Zusammenwirken nationaler Behörden erleichtern.

Unterstützung der Strafverfolgung

Die OSZE hat einen strategischen Rahmen für ihre Aktivitäten im polizeilichen Bereich, darunter auch Polizeiformen und Bekämpfung

der organisierten Kriminalität, verabschiedet. Alle Aktivitäten sollen die Grundsätze der demokratischen Polizeiarbeit fördern (siehe OSZE-Magazin 4/2012)

Bekämpfung des Terrorismus

Ein neuer konsolidierter Rahmen für die Bekämpfung des Terrorismus beschreibt, wie die komparativen Stärken der Organisation, insbesondere ihr umfassender und kooperativer Sicherheitsansatz, wirksam eingesetzt werden sollten.



Illustration Paul Jackson

Gute Regierungsführung im Visier der Öffentlichkeit

von Nina Lindroos-Kopolo und Ursula Froese

Bis vor Kurzem hatten die Bürger in Demokratien wenig Einblick in das Tagesgeschäft ihrer Regierungen. In der Regel ging man alle drei oder vier Jahren zur Wahl und ließ dann die gewählten Volksvertreter ihres Amtes walten. Ab und zu wurden Skandale rund um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Parteienfinanzierung oder der ausufernden Einflussnahme von Lobbyisten publik, aber diese Themen wurden in der Öffentlichkeit nicht regelmäßig kritisch durchleuchtet.

Im Zeitalter der elektronischen Informationsflüsse ändert sich das rasant. Als die US Regierung unter Präsident Barack Obama vor drei Jahren beschloss, über die mit der Freischaltung der Website Data.gov tausende Datensätze der Regierung öffentlich zugänglich zu machen, war das ein revolutionärer Schritt. Heute haben viele Regierungsbehörden auf nationaler, regionaler oder kommunaler

Ebene ähnliche Sites eingerichtet. Den immer besser informierten Bürgern ist es nicht egal, was mit ihren Steuergeldern geschieht. Und auch die Toleranz der Öffentlichkeit für Korruption sinkt rapide. Die Politiker wissen, dass sich der Unmut der Öffentlichkeit über soziale Medien wie ein Buschbrand ausbreiten kann. Es entsteht ein neues Bewusstsein dafür, wie wichtig moralische Integrität in öffentlichen Ämtern, rechenschaftspflichtige Institutionen und eine effiziente Verwendung öffentlicher Mitteln sind. Gute Regierungsführung ist endlich in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Die Förderung von Sicherheit und Stabilität durch gute Regierungsführung war eine der Prioritäten des irischen Vorsitzes in der OSZE im Jahr 2012. Expertentreffen und politische Tagungen zu Geldwäsche, Korruption und der Rückführung gestohlener Vermögenswerte machten deutlich,

dass es zwar international politische Dokumente, Verpflichtungen und Normen gibt – wie die Empfehlungen über die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) und der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung“ (FATF) –, die Bemühungen um deren Umsetzung sich jedoch in den komplexen Sachverhalten verheddern und sehr lange brauchen. Daher lautete der Tenor immer wieder, dass eine wirksame Umsetzung eines stärkeren politischen Willens bedarf.

Mit der Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung leisteten die Außenminister der OSZE beim Ministerratstreffen in Dublin diesem Appell Folge. Man einigte sich danach bei einem Treffen, bei dem die Teilnehmerstaaten ansonsten keinen Konsens zu Menschenrechtsfragen finden konnten; die Erklärung besagt, dass gute Regierungsführung die politische, wirtschaftliche und menschliche Sicherheit gleichermaßen betrifft, und dass verantwortungsvolle Führung im öffentlichen und wirtschaftlichen

Bereich wesentliche Grundlage für eine gesunde Wirtschaft ist, durch die Staaten in die Lage versetzt werden, Armut und Ungleichheit zu reduzieren, die gesellschaftliche Integration zu verstärken und Chancengleichheit für alle zu verwirklichen.

Neue Wege der Unterstützung

Das detaillierte sechsstufige Dokument – die erste derartige umfassende politische Erklärung der OSZE – eröffnet dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) zahlreiche neue Wege, um die Staaten bei der Stärkung der verantwortungsvollen Führung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich zu unterstützen.

Sie fördert Integrität, Rechtsstaatlichkeit, hohe ethische Standards und Verhaltenskodizes sowie Offenheit und Transparenz in der Führung öffentlicher Institutionen und Regierungen. Sie erkennt die Wichtigkeit an, Maßnahmen gegen Bestechung zu verabschieden und durchzusetzen, indem zum Beispiel die Bestechung in- und ausländischer Amtsträger unter Strafe gestellt wird. Sie erkennt auch die Wichtigkeit transparenter und fairer Beschaffungssysteme, wobei Referenzen wie das Mustergesetz von UNCTRAL über die Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden. Sie verweist insbesondere auf mehrseitige Partnerschaften wie die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft und die Initiative für Transparenz im Baugewerbe.

Die Erklärung unterstützt ferner die Einführung von Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. So stellt die Zusage, Maßnahmen für den wirksamen Schutz von Informanten (Whistleblowers) und ihrer Familienmitglieder zu ergreifen, eine wichtige Errungenschaft angesichts der Tatsache dar, dass die meisten OSZE-Teilnehmerstaaten, abgesehen von ein paar Ausnahmen, keine entsprechenden Rechtsvorschriften zum Schutz von Personen haben, die den Mut haben, sich zu exponieren und korrupte

Praktiken im öffentlichen oder privaten Sektor anzuprangern.

Besonders hervorgehoben wird, dass Frauen vollständig und gleichberechtigt am Beitrag zu guter Regierungsführung und zu Korruptionsbekämpfungspolitik und -aktivitäten beteiligt sein müssen.

Erstmals wird in einem OSZE-Dokument explizit von der Förderung der wirksamen Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte gesprochen und dass Korruptionserträge in den OSZE-Ländern keinen sicheren Hafen finden sollen – ein Thema, das durch den Arabischen Frühling besondere Brisanz erhielt. Die Erklärung ermutigt das OCEEA, die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer internationalen Initiativen zur Wiedererlangung von Vermögenswerten in Zusammenarbeit mit der Initiative zur Rückführung gestohlener Vermögenswerte (StAR) und dem International Centre on Asset Recovery zu unterstützen.

Das OCEEA erhält auch ein klares Mandat, die Regierungen in ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter zu unterstützen.

Darüber hinaus anerkennt die Erklärung die Wichtigkeit der Unabhängigkeit der Justiz – ein Bereich, in dem das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE und viele OSZE-Feldoperationen durch ihre bisherige Arbeit als Wegbereiter für eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Teilen der OSZE fungieren.

Einbindung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft

Ein wesentlicher Aspekt der Erklärung ist die Ermutigung der OSZE zur Verstärkung ihres Dialogs mit der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Unterstützung der Bemühungen um gute Regierungsführung und die Anerkennung der Notwendigkeit, dass die Staaten ihre Zivilgesellschaft in die Umsetzung ihrer nationalen und internationalen Verpflichtungen zur Korruptionsbekämpfung einbeziehen.

Gerade weil in der Vergangenheit die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Überprüfung der Durchführung von Maßnahmen zur guten Regierungsführung umstritten war, ist das besonders wichtig. Sie beauftragt das OCEEA, nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Initiative Open Government Partnership, einer 2011 ins Leben gerufenen weltweiten Koalition von Regierungen und Zivilgesellschaften, die sich zu Good Governance bekennen, zu suchen. Ferner heißt es darin, dass er den Zugang zu Informationen der Zivilgesellschaft und den Medien ermöglicht, einen Beitrag zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption zu leisten.

Noch wichtiger ist wohl, dass die Erklärung anerkennt, dass der private Sektor im Hinblick auf ein faires und transparentes Unternehmensumfeld in die Pflicht zu nehmen ist. Die Mitglieder der Zivilgesellschaft sind häufig die Opfer von Korruption, während in der Privatwirtschaft eher die Täter zu finden sind. Die Förderung der Eigenverantwortung für mehr Transparenz unter den Wirtschaftstreibenden kann viel dazu beitragen, dass derartige Strategien tatsächlich greifen.

Die Erklärung über die Stärkung guter Regierungsführung war nicht einfach zu erreichen. Einige ihrer Bestimmungen sind das Ergebnis wochen- und monatelanger Verhandlungen und Überzeugungsarbeit. Wie bei allen OSZE-Dokumenten, war für ihre Verabschiedung der Konsens aller 57 Teilnehmerstaaten erforderlich, was ihr als Ausdruck politischen Willens auf höchster Ebene noch mehr Gewicht verleiht. Sie stärkt den Bürgern den Rücken, wenn sie ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen, und bestärkt die OSZE in ihrem Auftrag, ihre Teilnehmerstaaten zu einer offenen und gerechten Regierungsführung im Interesse der Bürger, denen sie dienen, zu ermutigen.

—
Nina Lindroos Kopolo ist Erste Wirtschaftsreferentin im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE im OSZE-Sekretariat in Wien. Ursula Froese ist verantwortlich für die Redaktion des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“.

Vorausplanen: Helsinki +40

Für eine Organisation, die sich mit Sicherheit beschäftigt, hat die OSZE bemerkenswert wenig um die Absicherung ihrer eigenen Zukunft gekümmert. Obwohl sie heute wesentlich institutionalisierter ist als in den beiden Jahrzehnten unmittelbar nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki – die nichts anderes war als eine Reihe von Folgetreffen –, ist ihre Existenz über die Jahre genauso ungesichert wie zu Beginn. Feldoperationen können binnen Jahres- oder Monatsfrist aufgelöst werden; immer wieder kam es vor, dass der jährliche Haushaltsplan erst im Frühjahr genehmigt wurde. Als Kehrseite ihrer vielbeschworenen Flexibilität sind die immer wiederkehrenden Zweifel an ihrer Mission und ihrer Daseinsberechtigung inzwischen fast so etwas wie ihr Markenzeichen geworden – auf die OSZE-Veteranen wie Botschafter Wilhelm Höyneck, der ihr erster Generalsekretär war, mit Gelassenheit reagieren. Erst jüngst wurde Höyneck vom derzeitigen Generalsekretär, Lamberto Zannier, die OSZE-Medaille für besondere Verdienste um die Organisation verliehen. „Krisenängste sind nichts Außergewöhnliches in der OSZE. Man könnte sie als genetischen Defekt bezeichnen, der behandelt werden muss, aber nicht lebensbedrohlich ist“, erklärte er in seiner Ansprache vor dem Ständigen Rat anlässlich der Verleihung

der Auszeichnung am 20. Dezember.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung des Ministerratsbeschlusses zu „Helsinki+40“ klar. Ermutigt von dem Umstand, dass der Vorsitz für drei aufeinanderfolgende Jahre feststand – Ukraine, Schweiz und Serbien –, kamen die Teilnehmerstaaten zum ersten Mal überein, in die Zukunft und für einen Zeitraum von drei Jahren zu planen.

„Helsinki+40“ ist ein Weckruf für die OSZE. Jeder der aufeinanderfolgenden Vorträge soll abhängig von seiner geopolitischen Situation einen konkreten Beitrag leisten. Das wird einigen Mut und eine gemeinsame Anstrengung erfordern, um die Unterstützung der Hauptakteure innerhalb und außerhalb der OSZE zu mobilisieren“, ließ Höyneck die Delegierten wissen.

„Helsinki+40“ ist eine Absichtserklärung. Die Teilnehmerstaaten stimmten einem konzertierten Bemühen zu, um den Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft bis zum Jahr 2015 wirklich voranzutreiben, wenn sich die zukunftsweisende KSZE-Konferenz in Helsinki zum 40. Mal jährt. Der Beschluss sieht die Einrichtung einer Arbeitsgruppe und die Erstellung einer Tagesordnung vor. Der Inhalt dieser Tagesordnung muss noch festgelegt werden. Die nachfolgenden Aussagen einiger Außenminister auf dem Ministerratstreffen in Dublin geben einen ersten Hinweis darauf.

Foto OSZE/Curtis Budden



S.E. Wilhelm Höyneck bei der Entgegennahme der OSZE-Medaille, Wien, 20. Dezember 2012. Weitere Medailleempfänger: S.E. Paraschiva Badescu, S.E. Rt.Hon. Bruce Thomas George sowie Anne-Marie Ghebali, die die Ehrung im Namen ihres verstorbenen Gatten, Jean-Yves Ghebali, entgegennahm.



Sergei Lawrow

Minister für auswärtige
Angelegenheiten der
Russischen Föderation

Ungleichgewichte korrigieren

Russland sieht die Initiative „Helsinki+40“ als wichtigen Schritt, dessen Ziel ein Prozess zur Erneuerung der OSZE sowie zur Entwicklung einer strategischen Vision für ihre Aktivitäten bis 2015, dem Jahr ihres vierzigjährigen Bestehens, sein sollte.

Dieser Prozess sollte vor allem durch eine Reform der Organisation die Ungleichgewichte und die Doppelmoral korrigieren, die leider die Organisation inzwischen kennzeichnen. Es ist inakzeptabel, dass sich fast drei Viertel der Aktivitäten der OSZE auf ihre menschliche Dimension konzentrieren und dass alle Feldoperationen und Projekte auf dem Balkan und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion durchgeführt werden.

Umgekehrt sollte OSZE ihrer Rolle als Forum für den Dialog zwischen Staaten auf der Grundlage gleicher Rechte und gegenseitiger Achtung zum Zweck der Diskussion und Beschlussfassung über die wichtigsten Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit wieder gerecht werden.

Das heißt mit anderen Worten, dass der „Helsinki+40“-Prozess erfolgreich wäre, wenn sich die OSZE darauf konzentrierte, bis 2015 folgende vorrangigen Ziele zu verwirklichen: Sie sollte eine vollwertige internationale Organisation mit einer rechtlich verbindlichen Charta werden. Sie sollte Sicherheit gewährleisten – dadurch, dass sich alle Teilnehmerstaaten an das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit halten. Sie sollte die Zusammenarbeit erleichtern – indem sie Beschränkungen und Hindernisse ausräumt. Und schließlich sollte sie sich auf die Lage in Europa konzentrieren. Dann könnte die OSZE wieder den ihr gebührenden Platz im internationalen Koordinatensystem einnehmen und zum gegenseitigen Verständnis zwischen den Staaten beitragen.



Ivan Mrkić

Minister für auswärtige
Angelegenheiten Serbiens

Mehrwert gewinnbringend nutzen

Für mich als künftigen Amtierenden

Vorsitzenden ist der Beschluss „Helsinki+40“ die wichtigste Errungenschaft von Dublin. Er institutionalisiert einen Prozess, der unsere Aktivitäten bis 2015 leiten soll, wenn wir den 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki begehen. Gemeinsam mit der Ukraine und der Schweiz wird sich Serbien mit aller Kraft darum bemühen, diesen Prozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Die OSZE verfügt über einen ganz besonderen Mehrwert, den es möglichst gut zu nutzen gilt. Lassen sie mich ihre wichtigsten Stärken herausgreifen: die Fähigkeit, alle Teilnehmerstaaten in einen Dialog einzubinden, ihre Ganzheitlichkeit, Integrationsfähigkeit und Flexibilität. Das wichtigste ist zurzeit, dass die OSZE flexibel genug bleibt, damit sie mit den neuen Bedrohungen und Herausforderungen Schritt halten und eine friedlichere und wohlhabendere euroatlantische und eurasische Region für das 21. Jahrhundert aufbauen kann. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sie das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten stärkt, falsche Wahrnehmungen, die mitunter die Folge mangelnden Vertrauens sind, ausräumt und den notwendigen politischen Willen aufbringt, wodurch unsere Bemühungen zur Bewältigung der Probleme in allen OSZE-Belangen zusätzlichen Nachdruck erhalten.



Catherine Ashton

Hohe Vertreterin der
Europäischen Union für
Außen- und Sicherheitspolitik/
Vizepräsidentin der
Kommission

Keine Rückschritte

Der Beschluss des Ministerrats, der die Arbeit der Organisation im Hinblick auf ihre Zukunft sowie ihre Ziele und Aufgaben im Vorfeld des 40. Jahrestags der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 2015 darlegt, verdient besondere Beachtung. Ich wünsche mir Fortschritte in allen Dimensionen der Tätigkeit der OSZE. Die Organisation sollte auf alle vorhandenen Verpflichtungen und bereits erledigten Aufgaben aufbauen und diese dadurch verstärken. Rückschritte in Bezug auf bestehende Verpflichtungen sind inakzeptabel. Die Konstante unserer gemeinsamen Arbeit ist das Bestreben aller Teilnehmerstaaten, Trennendes zu überwinden, und das im langfristigen Interesse unserer Bürger.

Ausgehend von ihrem umfassende Sicherheitskonzept und den in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verankerten Prinzipien und Verpflichtungen sollte die OSZE auch weiterhin eine tragende Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur spielen. Sie sollte auch in Zukunft ihre Feldoperationen und autonomen Institutionen, die den Teilnehmerstaaten bei der praktischen Umsetzung ihrer Verpflichtungen Hilfestellung leisten, bestmöglich nutzen. Keine andere Organisation hat Vergleichbares vorzuweisen.

Wie alle anderen internationalen Organisationen muss auch die OSZE in der Lage sein, dem sich verändernden Sicherheitsumfeld und neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Im Bereich der Internetsicherheit könnte die OSZE eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung vertrauensbildender Maßnahmen übernehmen; im Bereich der Meinungsfreiheit könnte sie ihre Verpflichtungen auch auf die digitalen Medien ausweiten. Nach rund vierzigjährigem Bestehen könnte es durchaus sinnvoll sein, sich zu überlegen, wie man die OSZE samt ihren Haushaltsprozessen effizienter machen kann.



Igor Lukšić

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten Montenegros

Turbulente Zeiten gehören der Vergangenheit an

Der Kalte Krieg und das Blockdenken, das er mit sich brachte, liegen hinter uns; in den kommenden Jahren hat die Organisation die Chance zur Neubewertung und Bekräftigung ihrer Verpflichtungen in allen drei Dimensionen, zur Überprüfung ihres umfassenden Sicherheitskonzepts, zur Suche nach einem Weg zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Wiederherstellung von Zuversicht und Vertrauen, um sich besser für die Herausforderungen und das Umfeld unserer Zeit zu rüsten. Vor uns liegen neue sicherheitspolitische Herausforderungen, wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegaler Handel. Das Wiener Dokument bedarf einer Aktualisierung, damit es den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird. Und auch mit den Herausforderungen, die der technische Fortschritt

mit sich gebracht hat, wie etwa das Internet, müssen wir uns gebührend auseinandersetzen. Unsere Organisation verfügt über die dafür nötigen Instrumente und Mechanismen, wir müssen sie nur voll nutzen.

Montenegro steht voll und ganz hinter der in der Erklärung von Astana formulierten Vision der Schaffung einer freien, demokratischen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft im OSZE-Raum. Wir alle stehen vor denselben Bedrohungen und Herausforderungen, haben aber auch gemeinsame Werte und Ziele, durch die wir Vertrauen, Sicherheit, Stabilität, wirtschaftlichem Wohlstand sowie die Menschenrechte und Grundfreiheiten fördern wollen. Wir unterstützen und würdigen die diesbezüglichen Bemühungen des irischen Vorsitzes im Rahmen der Initiative „Helsinki+40“, ebenso wie die Bemühungen der früheren Vorsitze Griechenland und Litauen im Rahmen des Korfu Prozesses und des „VV“-Dialogs. Montenegro, ein kleines Land in einer Region, die turbulente Zeiten hinter sich hat, begrüßt ganz besonders die Idee eines Raumes ohne Trennlinien und Konflikte, der sich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt und in dem der Einsatz von Gewalt undenkbar ist. Die künftigen Vorsitzländer Ukraine, Schweiz und Serbien werden sich sicherlich in den Jahren bis zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki gemeinsam darum bemühen, diese Vision ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Montenegro wird im Rahmen seiner Fähigkeiten nach Kräften zu diesem Unterfangen beitragen.



Erlan Idrissov

Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan

Das Saatkorn der Zuversicht wachsen lassen

Bei einem Arbeitessen unterhielt man sich über „Helsinki+40“. Im Zuge dieser Gespräche erinnerte ich die Kollegen an die Zeit von vor rund vierzig Jahren, an Helsinki 1975. Eine völlig andere Welt als unsere heutige. Damals wurde der Boden für die Détente aufbereitet, mit Breschnew, der kam, um Frieden mit dem Westen zu suchen. In dieser Zeit wurden die Kultur von Helsinki, der Geist von Helsinki geboren. Genaugenommen war es ein Geschäft

zwischen zwei gegensätzlichen Kulturen, zwischen West und Ost. Die Trennlinie zwischen ihnen war tief, verlief deutlich sichtbar und wurde von allen anerkannt. Vertrauen war ein Fremdwort. Diese Politiker hatten den Mut, das Gespräch miteinander zu suchen, zu vereinbaren, gemeinsam den Versuch zu unternehmen, Vertrauen aufzubauen. Das Konzept von vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich entstand. Bei all dem ging es um die Grenzen in Europa, die Grenzen nach dem zweiten Weltkrieg und die grundsätzliche Anerkennung dieser Grenzen; das war der Kern, um den herum diese Trennlinie fixiert wurde.

Dann erinnerte ich meine Kollegen an die Zeit zwanzig Jahre danach, Mitte der Neunzigerjahre. Die Welt von 1975 war Vergangenheit, bestimmte jedoch noch immer das Denken. Nach wie vor dachten die Menschen in den alten Mustern. Die Organisation bemühte sich, nach ihren eigenen Vorgaben von 1975 weiterzumachen, ohne dass viel geschehen wäre, was den Namen Vertrauensbildung verdient hätte.

Inzwischen sind zwanzig Jahre vergangen, fast vierzig Jahre liegen zwischen heute und 1975. Ziehen wir also Bilanz: Was hat sich verändert – in der Geopolitik, in den Köpfen der Menschen? Die Sowjetunion und ihre politische Kultur sind endgültig und unumkehrbar Geschichte. Aber es haben sich auch die Perzeptionen geändert, wie wir unsere Welt, wie wir das, was uns bedroht, wahrnehmen. Wir haben uns alle verändert, auf beiden Seiten. Wir sind wesentlich reifer geworden. Der Westen hat sich verändert; die Weltwirtschaftslage ist eine andere. Man bemüht sich ernsthaft um das Gespräch. Die Dialogkultur ist heute wesentlich stärker ausgeprägt, als noch vor zwanzig oder vierzig Jahren. Nach wie vor jedoch geht es um Vertrauen.

Die Botschaft, die wir mit dem Gipfel von Astana 2010 aussenden wollten und die in der Gedenkerklärung von Astana steht, lautet: Lasst uns versuchen, der neuen geopolitischen Realität Rechnung zu tragen und Eurasien als neuen Sicherheitsraum einzubeziehen. Bisher war das gesamte Sicherheitsgebäude der OSZE an den euroatlantischen Beziehungen aufgehängt, die ein Abbild des alten Ost-West-Denkens waren. Unsere Botschaft von Astana lautete: Jeder – seien es die Vereinigten Staaten, Russland oder andere Mitglieder der OSZE – hat Interessen in

Eurasien. Sehen wir also den Faktor Eurasien einfach als eine neue Realität und versuchen wir, in diesem Teil der Welt Vertrauen zu schaffen. Das ist die Essenz dessen, was unter dem Astana-Prozess zu verstehen ist. Ein sehr schwieriger Prozess, ebenso schwierig wie der Aufbau von Demokratie, da es darum geht, die Kultur der Menschen, ihre Sichtweisen zu verändern.

Wir haben „Helsinki+40“ unterstützt, weil darin ein wichtiges Saatkorn liegt, das gute Chancen hat, aufzugehen. Wir haben nicht viel Zeit bis 2015, aber die Zeit sollte reichen. Drei Jahre noch – mit diesem Rahmendokument als Grundlage. Natürlich könnte es inhaltlich gewichtiger sein, aber schließlich ist es das Resultat eines Kompromisses. Alle multilateralen Kompromissdokumente sind genau genommen unschön! Aber immerhin gibt es einen vereinbarten Rahmen. Wir hoffen, dass die Saat von „Helsinki+40“ aufgehen wird. Und natürlich liegt es in unserem Interesse, dafür zu sorgen, dass der Geist von Astana erhalten bleibt.

Die OSZE wird von wichtigen Grundsätzen getragen, der Achtung der drei Sicherheitsdimensionen. Diese Grundsätze stellt niemand in Frage. Diskutiert wird nur die Frage ihrer Umsetzung. Sind sie wohlausgewogen? Das ist wichtig. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, dass diese Kultur des Vertrauens ausstirbt. Sie weiter aufzubauen ist von entscheidender Bedeutung. Wir wollen, dass die OSZE mit einem ganz neuen, schönen Antlitz wieder hervortritt und rundum Vertrauen aufbaut – nach Norden, Süden, Osten und Westen.

Jetzt sind wir 57

Beim Ministerrat von Dublin begrüßten die Außenminister Luvsanvandan Bold, den Außenminister der Mongolei, als 57. Mitglied. Ursula Froese, (verantwortlich für den Inhalt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“) führte mit ihm das folgende Interview.

Ursula Froese: Warum ist die Mongolei der OSZE beigetreten?

Minister Luvsanvandan Bold: Die Mongolei hat in den letzten 22 Jahren einen maßgeblichen Wandel von einer kommunistischen Diktatur zu einer dynamischen Demokratie durchgemacht. Wir haben zwei große Staaten als Nachbarn, weshalb es eines der Merkmale unserer Außenpolitik gemäß unserer „Drittnachbar Politik“ ist, dass wir uns aktiver an internationalen Angelegenheiten beteiligen. Für ein eurasisches Land wie die Mongolei ist der Beitritt – zunächst als engagierter Partner und nun als vollwertiger Teilnehmerstaat – sehr wichtig, einerseits für unsere außenpolitischen Ziele und andererseits als Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen zur Verwirklichung der hohen Ziele und Grundsätze der OSZE.

Aufgrund ihrer geopolitischen Lage kann die Mongolei keinem regionalen Sicherheitsmechanismus beitreten. Außerdem gibt es in Ostasien und Asien im Allgemeinen keine multilateralen Mechanismen, die sich konkret mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen. Mit der zunehmenden Interdependenz von Staaten ändert sich auch der Sicherheitsbegriff: er geht über traditionelle militärische und Verteidigungsfragen hinaus und umfasst auch komplexere und miteinander verknüpfte Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen, Sicherheitsfragen, Informationstechnologie. Die Mongolei betrachtet die OSZE als wichtiges Forum für eine für alle Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in diesen Bereichen.

Die OSZE ist eine regionale Organisation, deren Mitgliedschaft sich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt. Sie wird uns daher eine Plattform bieten, um die auf mehreren Pfeilern beruhende Außenpolitik der Mongolei zu konsolidieren und neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den OSZE-Teilnehmerstaaten in



Foto OSZE/Dan Dennison

Sicherheitsfragen zu schaffen, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und in ständigem Dialog mit ihnen zu stehen.

Was wird die Mongolei in die OSZE einbringen?

Diese Organisation basiert auf gemeinsamen Interessen und Werten, auf dem Willen von Nationen zu demokratischer und freier Entwicklung. Die Mongolei kann als gutes Beispiel für einen gelungenen Übergang, für die Schaffung einer demokratischen Ordnung, die Entwicklung einer Marktwirtschaft, die Förderung der Pressefreiheit und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit dienen. Das könnte der Beitrag der Mongolei zur OSZE sein. Ich möchte nicht ausschließen, dass mit der Ausweitung unserer Beziehungen mit der OSZE, ihren Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern noch spezifischere Beiträge in den drei Dimensionen dazukommen werden.

Seit heute umfasst die transatlantische Zusammenarbeit der OSZE auch die größere eurasische Region. Wenn die Welt weiterhin ein friedlicher und sicherer Ort für alle sein soll, dann ist die Aufrechterhaltung der Sicherheit in dieser Region überaus wichtig. Auch hier können wir unsere Ideen und Erfahrungen einbringen.

Die Mongolei könnte auch physisch für den Brückenschlag zwischen Europa und Asien sorgen, da der kürzeste Landweg von Europa nach Ostasien durch die Mongolei führt. Daher glauben wir, dass die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsverbindungen ein potenzieller Bereich für eine beiderseits nutzbringende Zusammenarbeit sein könnte.

Die Mongolei wird sich aktiv an der Arbeit der Organisation beteiligen. Beim Besuch der OSZE-Delegation in der Mongolei im Juni meinte Generalsekretär Lamberto Zinnie, die Mongolei habe ihre eigene Sicherheitsdimension, und unterstrich den möglichen Beitrag des Landes zur Umsetzung der Beschlüsse der OSZE, unter anderem auch die Unterstützung für Afghanistan. Die Umwelt war ein weiterer potenzieller Kooperationsbereich, auf den der Generalsekretär hinwies.

Auch wenn die Mongolei viel von der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten zu lernen hat, sind wir im Gegenzug gerne bereit, unsere Erfahrungen, unter anderem mit der Förderung demokratischer Reformen und demokratischer Bildung und Erziehung, weiterzugeben.

Wie sieht Ihre Vision einer Sicherheitsgemeinschaft aus?

In unserer Welt von heute sind gemeinsame Werte, Zusammenarbeit und Entwicklung bestimmend für das Schicksal von Regionen und Nationen. Dies ist der Weg in die Zukunft. Jede Nation, jede Region und jede internationale Organisation öffnet sich, bringt neue Ideen und Zielsetzungen, um die gemeinsamen Herausforderungen wirksam zu bewältigen. Das wichtigste Ziel in der Welt von heute ist ein besseres Leben für die einfachen Menschen. Es geht dabei nicht so sehr um Waffen oder politische Macht oder Koalitionen, es geht darum, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Hier sollte unsere

Sicherheitsgemeinschaft etwas bewirken.

Was war für Sie der Höhepunkt des Ministerrats in Dublin?

In erster Linie natürlich die Aufnahme der Mongolei in die OSZE, würde ich sagen. Sie unterstreicht die Bedeutung der Organisation im einundzwanzigsten Jahrhundert. Den 56 Vorrednern zuzuhören, die uns gratulierten und der Mongolei alles Gute wünschten – das war natürlich erhebend.

Ein weiterer Höhepunkt von Dublin war auch der Beschluss, den „Helsinki+40“-Prozess in Gang zu setzen. Er wird der Organisation in den nächsten drei Jahren als Fahrplan dienen, soll der OSZE neue Dynamik verleihen, sie wirksamer und effizienter machen und die Vision einer freien, demokratischen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft fördern. Ebenso wichtig war die Verabschiedung der Erklärung über die Stärkung guter Regierungsführung, der Beschluss über transnationale Bedrohungen und die Erklärung zum Prozess zur Beilegung des Transnistrien Konflikts.

Beeindruckt hat mich hier die Tatkraft, mit der alle an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten. Das zeigt, dass ein Umdenken, eine Entwicklung stattfindet, und wir schätzen uns glücklich, der Organisation in dieser Phase beizutreten und unsere Vision von der Zukunft unserer Welt einbringen zu können. Wir werden unser Bestes geben!

Der Otgon Tenger in der Provinz Zawchan (Mongolei)



Helsinki +2

von Botschafter Neven Madey

Nun, da ich Wien als Ständiger Vertreter bei der OSZE verlasse, kann ich mit Stolz darauf verweisen, dass ich in fast allen multilateralen Organisationen eine Funktion innehatte, angefangen von den Vereinten Nationen – zunächst in New York und dann in Genf – über den Europarat bis zur OSZE. Als bekennender Multilateralist halte ich die Werte dieser Organisationen hoch und weiß um ihre Bedeutung, bin jedoch zugleich auch Realist in Bezug auf das, was sie erreichen können, und was natürlich davon abhängt, wie viel die Mitgliedsländer oder Teilnehmerstaaten zu investieren bereit sind.

Als das erste Folgetreffen der KSZE 1977 in Belgrad stattfand, war ich als Kabinettschef des Unterstaatssekretärs für politische Angelegenheiten in Jugoslawien dabei. Als Gastgeber war Jugoslawien für die Betreuung des Treffens zuständig: Es stellte den Generalsekretär, und wir Diplomaten arbeiteten in den Ausschüssen mit. Ich selbst war der Plenarsitzung zugeteilt. Diese Sitzungen fanden in einem schönen Rahmen, dem eigens für diesen Zweck errichteten Save-Konferenzzentrum statt, das den Teilnehmerstaaten hervorragende Einrichtungen bot – was aber keineswegs die Enttäuschung und Frustration aufwog, die ich dort erlebte.

Die seit der Konferenz in Helsinki nach wie vor vorhandenen Spannungen und politischen Spaltungen waren ständig spürbar – es gab den Osten, den Westen und die neutralen und blockungebundenen Staaten – und so war es in keiner der Fragen leicht, Fortschritte zu erzielen, nicht im politischen Bereich und schon gar nicht auf dem Gebiet der Menschenrechte. Somit fiel den blockungebundenen und neutralen Ländern die Aufgabe zu, die Auffassungsunterschiede zu überbrücken und eigene Vorstellungen einzubringen, wie man Sicherheit und Stabilität fördern könnte. Jugoslawien, vermutlich das prominenteste Mitglied dieser Gruppe, arbeitete mit Zypern und Malta und neutralen Ländern wie Österreich und der Schweiz zusammen.

Ich erinnere mich noch, dass die Länder von äußerst erfahrenen und klugen Botschaftern vertreten wurden, die mit großem Geschick nicht nur die Interessen ihrer Länder vertraten, sondern auch die Möglichkeiten sondierten, wie sich die Spannungen und Schwierigkeiten reduzieren ließen. Und diese waren beträchtlich, ganz zu schweigen vom Risiko einer militärischen Konfrontation. Sie redeten mit Engagements und großer Überzeugungskraft, was jedoch nicht ausreichte, die andere Seite dazu zu

bewegen, einen Schritt zu machen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten erfolgte die Arbeit zum größten Teil in verschiedenen informellen Kleingruppen. Das Plenum war das Gremium, in dem die Beschlüsse oder Erörterungen der Ausschüsse abgesehen werden mussten. Aber da war nichts, was man hätte absegnen können. In den ersten beiden Monaten fanden also nur eine oder zwei Sitzungen von ungefähr fünf Minuten statt. Ich war so enttäuscht, dass ich nach zwei, drei Monaten meine Zeit nicht länger untätig im Save-Konferenzzentrum absitzen wollte und an meinen regulären Posten im Ministerium zurückkehrte.

Erst nach fünfmonatiger mühevoller täglicher Kleinarbeit konnten sich die Delegierten auf etwas einigen, auf einen sehr bescheidenen Text. Sie kamen überein, den Prozess fortzusetzen und nach ein paar Jahren in Madrid wieder zusammenzutreten. Das zweite Folgetreffen in Madrid brachte überhaupt keinen Kompromiss zustande.

Heute sieht die Lage völlig anders aus, wenn man sich unsere tatsächliche Arbeit, die Frustrationen und Schwierigkeiten bei der Vorbereitung des Dubliner Ministerratstreffens ansieht, ist der Vergleich mit dem Belgrader Treffen nicht ganz unangebracht; damals debattierten wir fünf Monate lang, ohne uns auf viel mehr als einen Text zu einigen, der uns das Gesicht wahren ließ – aus heutiger Sicht war er jedoch ein Schritt auf dem Weg, den die Organisation zurückgelegt hat.

So komme ich zu dem Schluss, dass wir stolz sein dürfen auf das, was wir in weniger als vier Jahrzehnten zustande gebracht haben, und dass man den Wert dieser Organisation unter dem Blickwinkel ihrer Anfänge und im Hinblick auf den Nutzen beurteilen muss, den sie den Ländern von Vancouver bis Wladiwostok gebracht hat. Keine Organisation ist ohne Herausforderungen, immer steht man vor der Aufgabe, einander in irgendeiner Weise entgegenzukommen, insbesondere unter den Bedingungen der Konsensregel.

Ich würde mir wünschen, dass wir unsere Erfolge und Misserfolge auf dem Ministerratstreffen von Dublin auch unter dem Aspekt beurteilen, was sie für unsere zukünftige Arbeit bedeuten, ob wir die Diskrepanzen überbrücken und der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft Substanz verleihen und die Spannungen und Trennlinien in den kommenden Jahren abbauen können. Diese Vision, die – wiewohl immer noch ziemlich verschwommen und undeutlich – es wert ist, dass man sich eingehender mit ihr auseinandersetzt.

—
Botschafter Neven Madey war von 2008 bis 2012 Ständiger Vertreter Kroatiens bei der OSZE.

Mehr zum Belgrader Folgetreffen:

Vladimir Bilandžić, Dittmar Dahlmann, Milan Kosanović (Hrsg.), *From Helsinki to Belgrade: The First CSCE Follow-up Meeting and the Crisis of Détente*, Bonn University Press, 2012

War das Folgetreffen von Belgrad tatsächlich ein Misserfolg oder nur ein Schwachpunkt in der Geschichte der OSZE? Die Autoren dieses Bandes, der die Ergebnisse der zweitägigen wissenschaftlichen Konferenz vom März 2008 anlässlich des 30. Jahrestags des Folgetreffens im Belgrader Save-Konferenzzentrum zusammenfasst, vertreten die Auffassung, dass sowohl Inhalt als auch Qualität der damaligen Debatten durchaus eine positivere Einschätzung erlauben.

Oben
Drei Briefmarken erinnern an die KSZE und Folgetreffen (OSZE)



Darunter
KSZE-Folgetreffen,
Save-Konferenz-
zentrum, Belgrad,
1977 (Foto: Arhiv
Jugoslavije)



Die Ukraine stellt die Weichen für 2013

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Leonid Koschara, beantwortet Fragen des amtierenden OSZE-Sprechers Frane Maroevic.

Frane Maroevic: 2010 hat die Ukraine ihre Kandidatur für den Vorsitz der OSZE bekannt gegeben. Welches Ziel hatten Sie damals vor Augen, und in welchem Verhältnis steht es zu den Prioritäten, die Sie heute setzen?

Leonid Koschara: Was wir als Vorsitz wollen, ergibt sich für uns aus dem, was die OSZE ist, und aus unserer Vorstellung von dem, was sie sein sollte. Wir waren immer von der Einzigartigkeit dieser Organisation überzeugt, die ihrem umfassenden Charakter und ihrem kooperativen Sicherheitskonzept zu verdanken ist.

Die Prioritäten des ukrainischen Vorsitzes richten sich auf die Förderung des Dialogs und der Konsensbildung zu vielen Fragen, die geeignet sind, das Profil der OSZE als einer Organisation, die einen Beitrag zur umfassenden Sicherheit leistet, zu schärfen und ihre Wirksamkeit zu verstärken. Wir wollen dazu beitragen, dass eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft ohne Trennlinien, Konflikte, Einflussbereiche und ohne Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau entsteht.

Für mich besteht ein direkter Konnex zwischen der Schärfung des Profils der OSZE und der Aufnahme des „Helsinki+40“-Prozesses. Diese Initiative hat das Potenzial zu einem wichtigen Rahmen, in dem die Rolle und Ziele der OSZE geklärt, ihre Zielsetzungen an die realen Gegebenheiten angepasst und das Vertrauen innerhalb der Organisation gestärkt werden können. Es ist wichtig, dass sich alle Teilnehmerstaaten gemeinsam für diese Initiative zuständig und verantwortlich fühlen, die bis zum 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki in praktische Ergebnisse umgesetzt werden könnten. Die Ukraine wird ihren Teil dazu beitragen.

Mit der Beilegung von Langzeitkonflikten voranzukommen ist bekanntlich schwierig. Was hat die Ukraine diesbezüglich vor?

Es stimmt, jeder OSZE-Vorsitz will mit der Suche nach friedlichen politischen Lösungen für die Langzeitkonflikte im OSZE-Raum vorankommen. Diese Konflikte stellen nach wie vor eine ernst zu



Foto OSZE

nehmende Bedrohung für die Sicherheit und die Stabilität in der Region dar und sind ein beträchtliches Hindernis auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel, eine Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen.

Die Ukraine ist fest davon überzeugt, dass eine friedliche und dauerhafte Lösung für die Langzeitkonflikte nur unter vollständiger Achtung der völkerrechtlichen Grundsätze möglich ist. Jeder Konflikt ist natürlich einzigartig und daher als Einzelfall zu behandeln, doch ist für eine dauerhafte Lösung entscheidend, dass zwischen den Beteiligten Vertrauen aufgebaut werden kann.

Der ukrainische Vorsitz hat sich viel vorgenommen, eine seiner wichtigsten Zielsetzungen ist es, mit den Langzeitkonflikten voranzukommen. Dabei muss natürlich klar sein, dass man nur Erfolg hat, wenn alle Seiten eines Konflikts wirklich eine Lösung wollen und sich darum bemühen. Daher sind wir der Auffassung, dass sich die OSZE um die Stärkung des politischen Willens und des gegenseitigen Vertrauens der Beteiligten bemühen sollte.

Wir werden in der Zeit unseres Vorsitzes die laufenden Verhandlungen unterstützen, vertrauensbildende Maßnahmen fördern und auf die humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung in den Konfliktgebieten eingehen. Gestützt auf das einzigartige und umfassende Mandat unserer Organisation, wollen wir auch die Rolle der OSZE bei der Lösung dieser Konflikte weiter fördern.

Ihr erster Besuch als Amtierender Vorsitzender der OSZE wird Sie nach Moldau führen. Welche Botschaft werden Sie mitbringen?

Mit meinem Besuch will ich Chişinău und Tiraspol ermutigen, die Dynamik der „5+2“ Verhandlungen beizubehalten und weiter eine umfassende Konfliktlösung anzustreben. In

Fortführung der Fortschritte von 2012 sollten wir uns der Lösung dringender Fragen der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und im humanitären Bereich annehmen.

Es ist für die Konfliktparteien ganz wichtig, dass sie die regelmäßigen bilateralen Treffen auf hoher Ebene wieder aufnehmen und fortsetzen, was in der Folge auch die politischen Fragen auf der Verhandlungsagenda nach oben rücken ließe.

Der ukrainische Vorsitz unterstützt alle Lösungsbemühungen auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau, eines Sonderstatus für die Region Transnistrien und der Einhaltung der Menschenrechte und Rechte nationaler Minderheiten im Einklang mit europäischen Rechtsnormen.

Sie haben Fortschritte bei der Wiederherstellung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zu einer Ihrer Prioritäten gemacht. Warum ist das wichtig, da wir doch schon seit fünf Jahren ohne dieses Regime auskommen?

Rüstungskontrolle, Abrüstung und VSBM sind Bestandteile des OSZE-Konzepts der umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit. Wenn wir gute Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und den VSBM machen, werden wir die Altlasten des Blockdenkens aus der Zeit des Kalten Krieges bewältigen und verhindern, dass neue Trennlinien auf unserem Kontinent entstehen, die negative Auswirkungen auf das Sicherheitsumfeld in Europa hätten – insbesondere für Länder, die wie die Ukraine keinem politisch-militärischen Bündnis angehören.

Wir stehen voll und ganz hinter der Aussage, zu der sich alle OSZE-Teilnehmerstaaten in Astana bekannten, dass „die konventionelle Rüstungskontrolle ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz bleibt und mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden sollte“.

Die Ukraine hält es für sinnvoll, im Forum für Sicherheitskooperation eine Debatte über die Rolle der konventionellen Rüstungskontrolle für die europäische Sicherheitsarchitektur heute und morgen aufzunehmen. Was auch immer das Ergebnis dieser Diskussion sein mag, hoffen wir, mit dem Dialog über dieses wichtige Thema einen Beitrag dazu leisten zu können, dass der Grundstein für eine gemeinsame Vision der zukünftigen konventionellen Rüstungskontrolle in Europa gelegt wird.

Energiesparmaßnahmen und die Förderung erneuerbarer Energien sind weitere Prioritäten Ihres Vorsitzes. Was hoffen Sie in diesem Bereich zu verwirklichen?

Bei den Diskussionen über Energiesicherheit in der OSZE haben wir viel Energie in Fragen investiert, zu denen die Auffassungen weit auseinander gingen. Wir sollten versuchen, unseren Dialog auf Gemeinsamkeiten zu konzentrieren, wie die Umweltauswirkungen energiebezogener Aktivitäten, Energieeffizienz und erneuerbare Energie.

Wir wollen hier Prioritäten setzen und dadurch den Energiedialog in der OSZE vorantreiben und den politischen Willen für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Energiesicherheit schaffen, ohne die Frage zu politisieren.

Der Vorschlag der Ukraine, sich mit diesem Thema 2013 vorrangig zu befassen, stieß auf breite Unterstützung bei den Teilnehmerstaaten, was uns bestärkte. Wir sehen darin den Ausdruck der allgemeinen Erkenntnis, dass eine nachteilige und ineffiziente Nutzung von Energieressourcen der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit abträglich ist und zu Spannungen im Energiebereich beiträgt.

Wenn sich diese Einsicht in entsprechenden Beschlüssen und Maßnahmen niederschlägt, dann kommen wir eindeutig der Umsetzung der Verpflichtungen von Astana näher, die einen verstärkten Dialog über Energiesicherheit und die Verknüpfung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt mit friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen fordern.

Nach Ansicht einiger Teilnehmerstaaten müssen die Wahlbeobachtungsaktivitäten der OSZE verbessert werden. Welchen Standpunkt nimmt die Ukraine diesbezüglich ein?

Die OSZE hat sich ihren Ruf als Bannerträgerin der Wahlbeobachtung durch ihre allseits bekannte Expertise und Professionalität auf diesem Gebiet erworben.

Seit seiner Errichtung im Jahr 1992 hat sich das BDIMR zur wichtigsten Institution für internationale Wahlbeobachtung in der Region entwickelt. Wir unterstützen die diesbezügliche Tätigkeit des BDIMR sowie seine Autonomie und halten es für äußerst wichtig, dass den Empfehlungen der Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE Folge geleistet wird.

Nichtsdestoweniger gibt es immer Spielraum für Verbesserungen. Unserer Ansicht nach bedarf die Stärkung des Vertrauens im OSZE-Raum eines ständigen Dialogs, auch über



Die Ukraine: Fakten und Zahlen



Die Ukraine ist das **größte Land** Europas, dessen Grenzen ausschließlich auf dem europäischen Kontinent liegen. Sie erstreckt sich über eine Fläche von insgesamt 603.700 km².



In der Ukraine leben **mehr als 110 verschiedene Volksgruppen**, deren größte die Ukrainer mit 72,7% sind, gefolgt von Russen, Juden, Belarussen, Moldauern, Bulgaren, Polen und Ungarn.



Eine der **ersten schriftlich niedergelegten Verfassungen der Welt** wurde 1710 von Pylyp Orlyk, dem ukrainischen Hetman (Staatsoberhaupt), im Exil geschrieben. Unter dem Titel Pacta et Constitutiones Legum Libertatumque Exercitus Zaporoviensis (Rechtsbündnisse und Statuten der Gesetze und Freiheiten des Saporoger Kosakenheeres) formulierte er lange vor Montesquieus „Der Geist der Gesetze“ eine demokratische Richtschnur für die Trennung der Staatsgewalten in Legislative, Exekutive und Judikative und sah eine demokratisch gewählte Generalversammlung der Kosaken vor.



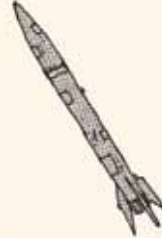
Der Name **Ukraina** wurde erstmals in der **Kiewer Chronik** von 1187 erwähnt.



Das **größte Flugzeug der Welt** wurde in der Ukraine gebaut; es war eine Antonov An-225 Mrija („Mrija“ ist das ukrainische Wort für „Traum“). Sie wiegt 640 Tonnen und hat eine Flügelspannweite von 88,40 m. Mrija hält einige Rekorde, darunter den Weltrekord für die schwerste jemals transportierte Luftfracht mit einem Gewicht von 253,80 t.



Optymistychna (Ukrainisch für optimistisch) liegt in der westlichen Ukraine und ist die **längste Gipshöhle der Welt**; ihr Labyrinth bildet die zweitlängste Höhle der Welt. 2001 wurde die Gesamtlänge aller unterirdischen Gänge mit 212 km aufgenommen.



Die Ukraine **verzichtete freiwillig auf das drittgrößte Kernwaffenarsenal weltweit** und ist seit 1996 ein kernwaffenfreier Staat.



Die Ukraine **verfügt über äußerst fruchtbare Schwarzerdeböden**, die in der Mitte und im Süden des Landes liegen und insgesamt mehr als die Hälfte des Staatsgebiets bedecken.



Die U-Bahnstation **Arsenalna in Kiew** ist mit 105 m die **tieftste der Welt**.



Weltweit **erinnern mehr als 1200 Denkmäler in 48 Ländern** an den berühmten ukrainischen Dichter **Taras Schewtschenko**.

Wahlfragen. Die OSZE könnte sich beispielsweise überlegen, wie besser gewährleistet werden kann, dass die Wahlbeobachtung unparteiisch und professionell erfolgt, sie könnte größeres Augenmerk auf den Verhaltenskodex für Wahlbeobachter legen und den Austausch von Best Practices forcieren. Eine eingehendere Befassung mit wahlbezogenen Fragen wie der Zuverlässigkeit von Wählerverzeichnissen, der Transparenz im Wahlkampf und der Sicherstellung einer ausgewogenen Medienberichterstattung käme allen Teilnehmerstaaten zugute. Das könnte sich unter dem Aspekt einer verstärkten Umsetzung der OSZE Verpflichtungen für alle Teilnehmerstaaten lohnen.

Manche OSZE-Teilnehmerstaaten haben die Ukraine wegen ihres Vorgehens in einigen Menschenrechtsfragen kritisiert. Was entgegen Sie darauf, und sehen Sie diese Kritik als Komplikation ihres Vorsitzes?

Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind Grundpfeiler der Innen- und Außenpolitik der Ukraine.

Die Ukraine hat für die Ausübung bestimmter Rechte neue Standards gesetzt und damit Beachtliches geleistet. Einige Gesetzesänderungen der jüngsten Zeit wurden von staatlichen und internationalen Organisationen – darunter auch von der OSZE – unterstützt. Anzuführen wären hier die neue Strafprozessordnung, die gesetzliche Regelung der Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen oder der öffentliche Informationszugang. Erwähnenswert ist auch, dass die Verfahren, die seither in der Ukraine den Zugang zu öffentlichen Informationen regeln, im OSZE-Raum als vorbildlich gelten können.

Selbstverständlich ist keine Demokratie vollkommen, und diesbezüglich stehen nicht nur die OSZE Teilnehmerstaaten, die sich im Übergang zur Demokratie befinden, sondern auch die generell als reife Demokratien geltenden Staaten vor Herausforderungen.

Es ist für die OSZE von größter Wichtigkeit, dass alle Teilnehmerstaaten ihre Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einhalten; dort wird daher auch einer unserer Schwerpunkte liegen. Wir werden als Vorsitz alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass alle Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen.

Die Herausforderung des OSZE-Vorsitzes liegt wohl darin, dass 57 Teilnehmerstaaten

unterschiedliche Prioritäten und strategische Zielsetzungen verfolgen, was in vielen Fragen den Konsens erschwert. In welchen Bereichen werden Sie am meisten gefordert sein?

Lassen Sie mich noch einmal Astana mit dem Bekenntnis zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft zitieren. Aus diesem Bekenntnis leite ich den nachdrücklichen Auftrag zur Fortsetzung der Bemühungen ab, die Fähigkeiten der OSZE für die Auseinandersetzung mit den zahlreichen Herausforderungen und Bedrohungen in der Region zu stärken und dadurch die Organisation für jeden einzelnen Teilnehmerstaat relevanter zu machen.

Die OSZE verfügt über einen gut entwickelten Acquis an Verpflichtungen in allen drei Dimensionen; unser Hauptaugenmerk muss auch in Zukunft deren ausgewogener Umsetzung gelten. Gleichwohl müssen wir auch die negativen Tendenzen in der Organisation im Auge behalten, wie etwa den offensichtlichen Mangel an gegenseitigem Vertrauen und politischem Willen. Das ist einer der Hauptgründe für manche Entwicklungen in diesem Jahr, allen voran, dass es uns das zweite Jahr in Folge nicht gelungen ist, Beschlüsse in der menschlichen Dimension zu verabschieden.

Ich halte es für keinen Zufall, dass Wissenschaft und Zivilgesellschaft sich immer öfter mit dem Thema der unvollendeten historischen Versöhnung zwischen Ost und West befassen. Hier bedarf es ganz dringend eines Umdenkens – weg vom Konfrontationsdenken, hin zu einem kooperativen Ansatz.

Die Ukraine sieht ihren Auftrag als Vorsitz darin, weiter günstige Voraussetzungen für diesen Wandel zu schaffen. Ich bin zuversichtlich, dass die Ukraine mit ihrer reichen Geschichte, ihrem riesigen kulturellen Erbe und der eindeutigen Ausrichtung auf Europa, für diese Mission gut aufgestellt ist. Ich glaube, dass alle OSZE-Länder, die natürlich ganz unterschiedliche Vorstellungen von den Aktivitäten der OSZE und ihren Prioritäten haben, sich mit größerem Einsatz um die Entwicklung gemeinsamer Ziele und deren Umsetzung in gemeinsames Handeln bemühen müssen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns durch die vereinten Kräfte aller OSZE Teilnehmerstaaten gelingen wird, der Organisation eine gewichtige Rolle bei der Stärkung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum zuzuweisen.



1



2



3



4



5



6



7



8

1 Uspenski-Kathedrale und Refektoriumskirche im Höhlenkloster Lawra Petschersk in Kiew, ein altes christlich-orthodoxes Kloster und UNESCO Weltkulturerbe.
2 Aufziehende Nebelschleier bei Sonnenuntergang in Transkarpatien

3 Halbinsel Krim
4 In der Ukraine leben über 110 verschiedene Volksgruppen
5 Ein Sonnenblumenfeld im Sommer, wie es die Ukrainer lieben
6 Platz in Lemberg
7 Das älteste und größte Wasserkraftwerk am Dnepr

8 Die Euro 2012 fand in der Ukraine und in Polen statt
9 Das größte Flugzeug der Welt, die Antonow An-225 „Mrija“

Fotos: Укрінформ

Besuchen Sie die Website des OSZE-Vorsitzes: www.osce.org/chairmanship



9

Die Sicherheitsgemeinschaft Ein Luftschloss?

Die Kurzfassung des Schlussberichts der Initiative für die Entwicklung einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft (IDEAS) beginnt mit der Begründung, warum unsere Zeit alles andere als günstig für den Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft ist. „Die weltweite Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse, die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltpolitik auf den pazifischen Raum, die Krise der Eurozone und die ungewisse Zukunft der Europäischen Union und Russlands lassen diese Vision wesentlich weniger attraktiv erscheinen als vor zweiundzwanzig Jahren, als die Charta von Paris für ein neues Europa verabschiedet wurde.“

Etwas später heißt es dann, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten vielleicht gerade wegen der aktuellen Unwägbarkeiten erkannt haben, wie dringend auf dieses Ziel hingearbeitet werden muss.

IDEAS ist eine Track-II-Initiative, die vom Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH), der Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS), dem Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) und dem Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) gemeinsam durchgeführt wird. Sie wurde Anfang 2012 in die Wege geleitet, nachdem sie von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Polens und der Russischen Föderation befürwortet worden war; diese hatten einen Vorschlag des OSZE Generalsekretärs Lamberto Zannier aufgegriffen, ein Netzwerk wissenschaftlicher Institute zur Erörterung von OSZE-relevanten Themen aufzubauen.

In vier Seminaren, die 2012 jeweils an einem der vier teilnehmenden Institute stattfanden, erörterten Fachwissenschaftler für Sicherheitspolitik die Frage, woraus eine Sicherheitsgemeinschaft bestehen solle und wie sie am besten zu verwirklichen sei. Der im November 2012 vorgestellte Schlussbericht der IDEAS-Initiative bemüht sich, aus der Fülle der verschiedenen Sichtweisen ein kohärentes Bündel von Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten zu schnüren. Im Folgenden erläutern drei IDEAS-Teilnehmer ihre persönliche Sichtweise des Projekts zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft.

IDEAS-Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten:

1. Wahrung des Aquis im Bereich der Rüstungskontrolle
2. Konzertierte Bemühungen zur Lösung von Langzeitkonflikten
3. Abschätzung der möglichen Auswirkungen der Lage in Afghanistan auf den OSZE Raum
4. Förderung dauerhafter Versöhnung
5. Entwicklung der Agenda zu grenzüberschreitenden Bedrohungen
6. Entwicklung von Initiativen in der Wirtschafts- und Umweltdimension
7. Effektivitätssteigerung der Arbeit in der menschlichen Dimension
8. Schaffung einer Plattform zur Förderung des Verständnisses zwischen Staaten und muslimischen Gemeinschaften
9. Aufbau eines OSZE-Netzwerks wissenschaftlicher Einrichtungen
10. Bessere Nutzung der Vielfalt an Institutionen im OSZE-Raum

Die vollständigen Empfehlungen und der gesamte IDEAS-Bericht können unter <http://ideas-network.com/home.html> abgerufen werden.

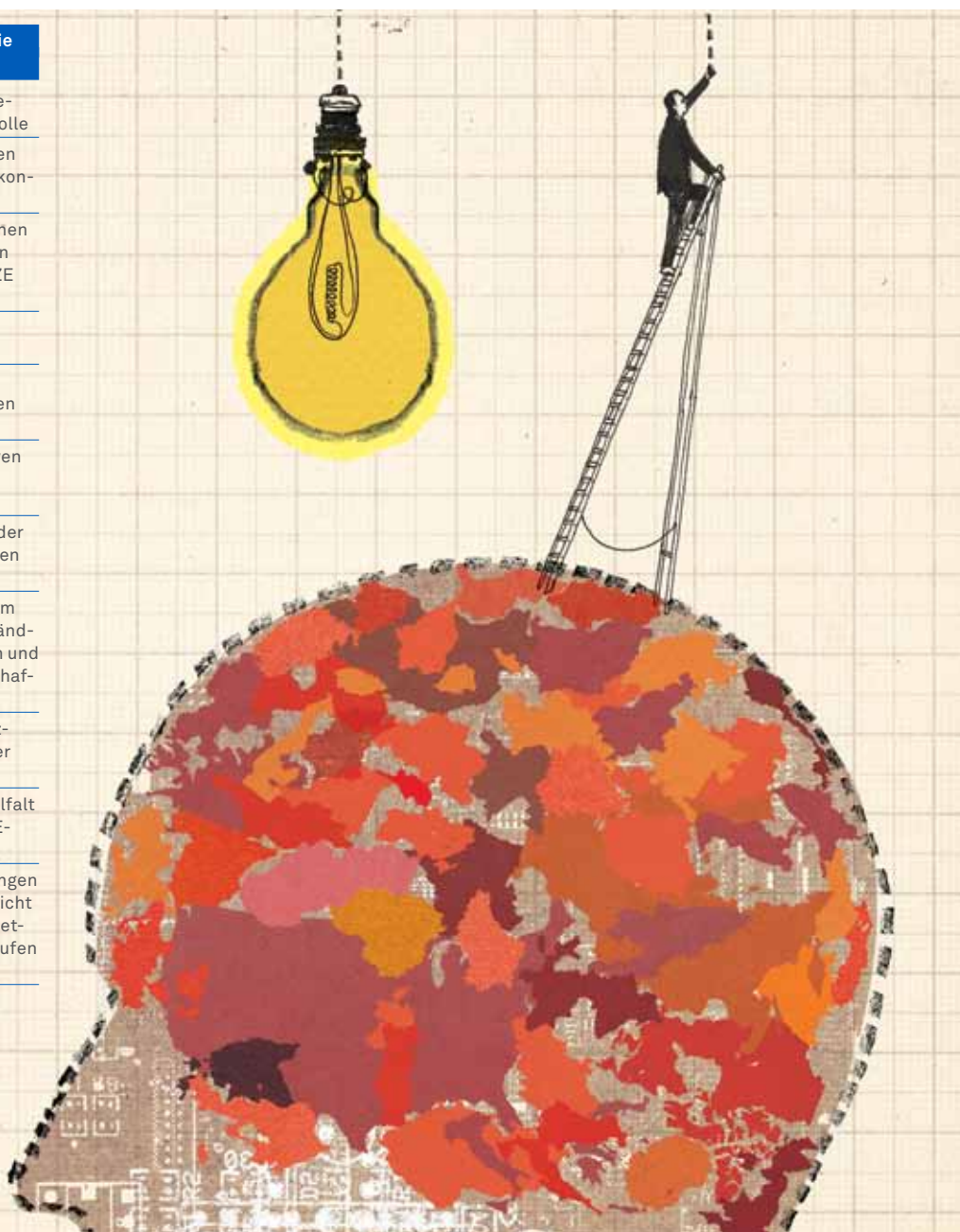


Illustration Paul Jackson

Die Euroatlantische Sicherheitsinitiative (EASI)

Zur Verwirklichung des Ziels einer allumfassenden euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft wurde 2009 von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden die Euroatlantische Sicherheitsinitiative (EASI) gegründet. Ehemalige politische Entscheidungsträger, Diplomaten, Generäle und Wirtschaftsleute aus Russland, den Vereinigten Staaten, Kanada, Zentraleuropa und der EU setzten sich zusammen, um einen Fahrplan für konkrete Maßnahmen zu

erstellen, mit deren Hilfe die Region einen Schlussstrich unter ihre Vergangenheit ziehen und mit dem Aufbau einer sicheren Zukunft beginnen kann, die auf gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit basiert.

Der der auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2012 veröffentlichte Schlussbericht der EASI-Kommission diagnostiziert, dass die Region gefährlich schlecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerüstet ist, da sie an einem aus dem Blockdenken

des 20. Jahrhunderts kommenden „Vertrauensdefizit“ in den Sicherheitsbeziehungen leiden. Die Kommission schlug in sechs Bereichen konkrete Schritte vor, die die Beziehungen zwischen Russland, Europa und den Vereinigten Staaten verbessern sollen, damit eine echte euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft entstehen kann.

- Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr in Europa
- Verlängerung der Phase der Frühwarnung und Beschlussfassung im militärischen Bereich

- Beilegung von Langzeitkonflikten
- Ausräumung historischer Ressentiments zwischen Staaten
- Stabilisierung der Erdgas Beziehungen zwischen Europäischer Union und Russischer Föderation
- Zusammenarbeit in der Arktis

Zusätzliche Informationen über die Kommission der EASI sind ebenso wie der Schlussbericht und die Berichte der Arbeitsgruppen unter folgender Adresse verfügbar: <http://carnegieendowment.org/easi/>

Ein Prozess

von Wolfgang Zellner



Mit ihrer „Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“ (Gedenkklärung von Astana) hat sich die OSZE von allen internationalen Organisationen in ihrem Gebiet das am weitesten gehende programmatische Ziel gesteckt. Andererseits sind ihre Teilnehmerstaaten nicht in der Lage, sich in Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle, subregionaler Konflikte und der menschlichen Dimension zu einigen – um nur einige Bereiche zu nennen, in denen es häufig zu Auseinandersetzungen kommt. Diese enorme Diskrepanz zwischen dem, was tatsächlich machbar ist, und unseren Zielen war der Ausgangspunkt für IDEAS, die Initiative zur Entwicklung einer euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft. Einen weiteren Grund, IDEAS ins Leben zu rufen, sahen wir darin, dass die meisten Hauptstädte und die politischen Eliten die kühne Vision der OSZE eigentlich noch nicht zur Kenntnis genommen haben. Sogar in den eigenen politischen Organen der OSZE wurde das Thema bisher eigentlich noch nicht inhaltlich diskutiert. Der Diskussionstrang, der dem noch am nächsten kommt – die vom irischen Vorsitz 2012 in Gang gesetzte „Helsinki+40“-Debatte – hat bisher nur zu einem eher mageren Beschluss des jüngsten Ministerratstreffens in Dublin geführt, der sich in erster Linie auf prozedurale Fragen beschränkt. Und wenn tatsächlich Vorstellungen über die Bedeutung der Sicherheitsgemeinschaft geäußert werden, sind sie ganz unterschiedlich und sogar widersprüchlich.

Als wir mit der Ausarbeitung des IDEAS Berichts begannen, überlegten wir uns, was er nicht sein sollte: weder ein umfassendes Programm noch ein detaillierter Fahrplan für eine Sicherheitsgemeinschaft – beides nicht machbar –, aber auch kein streng auf die OSZE beschränkter Bericht. Vernünftiger schien uns die Ausarbeitung einiger lose

zusammenhängender allgemeiner Grundsätze, die Hindernisse auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft beseitigen helfen können, und von konkreten Vorschlägen in Bereichen, in denen die OSZE tatsächlich etwas bewegen kann.

Ausgangspunkt unseres Vorhabens war eine Analyse der Tendenzen – einerseits der Konvergenz und andererseits der Divergenz – unter den OSZE-Teilnehmerstaaten. Ungeachtet aller Implementierungsschwierigkeiten nahm die Konvergenz bei der Normsetzung ebenso zu wie die institutionelle Vernetzung. Andererseits sind – insbesondere in den letzten zehn Jahren – neue Trennlinien in Fragen zu regionalen Konflikten, in der Rüstungskontrolle, bei Normen und der Normsetzung und in etlichen anderen Themen entstanden. Gegenseitiges Misstrauen ist nach wie vor ein nicht zu übersehendes Hindernis. Es fehlt an der geeigneten Kommunikation, um dieses auszuräumen.

Man muss sich die Sicherheitsgemeinschaft als einen Prozess vorstellen. Dieser Ansatz unterscheidet sich grundlegend von Konzepten wie „Sicherheitsarchitektur“, „Verträge“ oder „Gründungsakten“. Prozesse sind, insbesondere im Frühstadium, offen und flexibel und können daher unterschiedlichen und sogar widersprüchlichen Standpunkten Raum geben. Der politische Prozess sollte auf so viele Fragen wie möglich eingehen und nicht nur auf Hoffnungsträger setzen, die sich unter Umständen als Bumerang und Spielverderber erweisen. Alte Fragen aus der Zeit des Kalten Krieges und neue, zukunftsweisende Fragen sollten einander die Waage halten. Und vor allem sollten wir versuchen, die Themen nicht ausschließlich unter einem sicherheitspolitischen oder politischen Blickwinkel zu betrachten.

Das IDEAS-Projekt sollte keine einmalige Übung sein. Wir stellen uns vielmehr eine Fortsetzung in breiterem Rahmen unter Einbeziehung weiterer Institute aus anderen Ländern vor. Auf inhaltlicher Ebene bleibt die Darlegung der wissenschaftlichen Grundlagen von Sicherheitsgemeinschaften eine wichtige Aufgabe, da es noch viele konkrete Fragen in allen drei Sicherheitsdimensionen – in der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen

Dimension – gibt, mit denen man sich auseinandersetzen sollte.

—
Dr. Wolfgang Zellner ist Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Er koordinierte die mit der Erstellung des Schlussberichts der IDEAS-Seminare betraute Arbeitsgruppe.



Illustration Paul Jackson

Es geht um die euroatlantische Sicherheit

von Robert Legvold

Zu den vielen Hindernissen, die den Weg zu der von den OSZE-Staats- und Regierungschefs seit der Charta von Paris für ein neues Europa 1990 in Aussicht gestellten euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft pflastern, kommt nunmehr auch zunehmend der Eindruck, dass sich das Geschehen in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert. Die euroatlantische Region mit ihren Problemen – von den Spannungen rund um die Zukunft der NATO und der Rolle der Raketenabwehr bis hin zu den anscheinend unlösbaren „Langzeitkonflikten“ und hartnäckigen historischen Ressentiments, – scheint vielen ein Stück aus alter Zeit. Ihre lösungsresistenten Probleme scheinen nicht mehr wichtig angesichts der plötzlich akut werdenden Herausforderung, sich mit dem aufstrebenden China in einem sich rasant verändernden Asien auseinandersetzen zu müssen.

Aus zwei Gründen trifft jedoch das aus Moskau wie aus Washington zu vernehmende Schlagwort vom „Schwenk“ zum asiatisch-pazifischen Raum nicht zu. Erstens bildet der große Staatenblock von „Vancouver bis Wladiwostok“ nach wie vor in fast jeder Hinsicht das Epizentrum des Weltgeschehens – auch wenn die Bedeutung des

Aufstiegs Chinas, Indiens und ihrer Nachbarn in Asien unbestritten ist. Im Jahr 2011 erwirtschafteten diese Staaten 53 Prozent des BIP weltweit. Das BIP der Europäischen Union betrug mehr als das Doppelte des BIP Chinas, und ihr Handel mit den Vereinigten Staaten mehr als das Dreifache des Handels Chinas mit den Vereinigten Staaten. 2011 förderten die Länder der euroatlantischen Region 33,1 Prozent des weltweit produzierten Erdöls und konsumierten 45,1 Prozent davon. Sie förderten 56,5 Prozent des weltweit produzierten Erdgases und konsumierten 58,8 Prozent davon. Sie tätigten über 60 Prozent der Militärausgaben weltweit und kontrollierten mehr als 95 Prozent aller Kernwaffen weltweit.

Angesichts dessen sollte einem ziemlich rasch klar sein, dass – wenn die Staatengemeinschaft überhaupt noch hofft, eine Kernregion zu finden, um die herum sich eine stabilere Wirtschaftsordnung, ein für Energieversorger und -verbraucher berechenbares Energiesystem, rationalere Begrenzungen der Größe und Art der Streitkräfte und Sicherheitsgarantien für eine multipolare, nukleare Welt aufbauen lassen – es sich dabei nur um die euroatlantische Region handeln kann.

So wichtig die Region als Ausgangspunkt für die Schaffung weltweiter Sicherheit und Stabilität auch sein mag, noch wichtiger ist die Führungsrolle, die eine vereinte euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft im Hinblick auf die Herausforderungen im einundzwanzigsten Jahrhundert übernehmen könnte. Keine andere Region – wenn sie geschlossen auftritt – hat der Bedrohung durch biologischen und nuklearen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Pandemien, Cyberwar und der vom Klimawandel ausgehende Instabilität mehr entgegenzusetzen und kann zugleich einen friedlichen Aufstieg neuer Großmächte sicherstellen. Allerdings nur, wenn alle an einem Strang ziehen, was erst dann geschehen wird, wenn die Regierenden in der OSZE ihr Ziel mit größerer Einsatzfähigkeit verfolgen als bisher.

—
Dr. Robert Legvold ist Marshall D. Shulman Professor Emeritus am Department of Political Science der Columbia University, mit dem Fachgebiet internationale Beziehungen der postsowjetischen Staaten. Er ist Direktor der Euroatlantischen Sicherheitsinitiative (EASI).



Erwartungen unter einen Hut bringen?

von Andrei Zagorski

Der Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft in der OSZE-Region lässt eine Vision entstehen, die die Teilnehmerstaaten einander näherbringen könnte, statt sie weiter auseinanderdriften zu lassen. Der 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki im Jahr 2015 ist ein ideales Ziel für die Verwirklichung dieser Vision. Den politischen Willen zur Überwindung bestehender und zunehmender Divergenzen in der Region zu bekunden, wäre ein starkes Signal, dass die OSZE nach wie vor eine wichtige Mission zu erfüllen hat.

Doch obwohl sich die Teilnehmerstaaten in der Gedenkerklärung von Astana 2010 zur Vision einer Sicherheitsgemeinschaft bekannten, gehen ihre Auffassungen darüber auseinander, wie die Sicherheitsgemeinschaft, die sie gemeinsam aufbauen wollen, aussehen soll – bis hin zu offenen Kontroversen.

Während sich einige darunter die Auseinandersetzung mit in erster Linie traditionellen Fragen der militärischen Sicherheit vorstellen und eine Sicherheitsgemeinschaft eher im Sinne kollektiver Sicherheit verstehen, betonen andere, dass vor allem eine sich weiterentwickelnde Wertegemeinschaft den Staaten die Möglichkeit gibt, ihre Beziehungen weniger an Fragen der militärischen Sicherheit zu orientieren, und einen Krieg zwischen ihnen nicht nur unmöglich sondern nicht mehr vorstellbar werden zu lassen.

Mehrere Ergebnisse des IDEAS-Projekts 2012 sind für diese Debatte relevant.

Die Teilnehmerstaaten werden nicht vorankommen, ehe sie nicht ihre unterschiedlichen Erwartungen in Bezug auf die Entwicklung einer Sicherheitsgemeinschaft unter einen Hut bringen.

Eine wirkliche Sicherheitsgemeinschaft lässt sich nicht in einer einmaligen Aktion herstellen, sondern entsteht als Folge eines langfristigen Prozesses; er beginnt auch nicht notwendigerweise mit der Gründung einer funktionierenden Wertegemeinschaft, noch ist er endgültig, bis nicht diese Gemeinschaft in der Gesellschaft verankert ist.

Die Befassung mit offenen Fragen der militärischen Sicherheit und die Verlagerung des Schwerpunkts auf neue grenzüberschreitende Sicherheitsfragen sind ebenso Teil des Prozesses wie das Eingehen auf divergierende Wertvorstellungen.

Der Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft ist kaum möglich, ohne sich auf einander einzulassen und in möglichst vielen Bereichen zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit ständig auszubauen und die Versöhnung zu erleichtern ist der richtige Weg zur schrittweisen Annäherung der Mitgliedstaaten aneinander.

Die OSZE ist nicht die einzige Institution, die den Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft in Angriff nehmen kann, doch kommt ihr in diesem Prozess eine einzigartige und wichtige Rolle zu.

Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis des OSZE-Ministerratstreffen in Dublin ebenso ermutigend wie erstaunlich.

Es ist ermutigend, dass sich die Teilnehmerstaaten auf einen „Helsinki+40“-Fahrplan geeinigt haben. Es ist ein Signal dafür, dass die Türen offen bleibt und man den 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki als geeinigtere Gruppe begehen will.

Gleichzeitig zeigten sich in Dublin die gleichen Trennlinien wie im vergangenen Jahrzehnt. Ein verwirrendes Signal, das vermittelt, dass entweder die Regierungen nicht genug politischen Willen aufbringen, um bestehende Spaltungen zu überbrücken, oder dass die OSZE nicht das geeignete Forum ist, um sich mit den maßgeblichen Themen auseinanderzusetzen. Vielleicht trifft auch beides zu.

—
Dr. Andrej Zagorski ist Direktor für Abrüstungs- und Konfliktlösungsforschung am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften und Professor am Moskauer staatlichen Institut für internationale Beziehungen. Er war Mitglied der mit der Erstellung des IDEAS Schlussberichts betrauten Arbeitsgruppe.



Illustration Paul Jackson

Frauen in Friedensmissionen: Anleitung zum erfolgreichen Überleben

von Heidi Tagliavini

Haben Sie sich schon jemals überlegt, wie das Alltagsleben in einer Konfliktregion aussieht? Ich für meinen Teil hatte keinen Gedanken daran verschwendet. Als Berufsdiplomatin in Schweizer Diensten war ich zum Glück nie mit den Herausforderungen eines Konflikts konfrontiert, bis mich mein Einsatz in der

ersten OSZE-Unterstützungsgruppe im April 1995 buchstäblich ins Zentrum der offenen Feindseligkeiten in Tschetschenien katapultierte. Die Erfahrungen in diesem einem Jahr im Tschetschenien-Krieg haben mir die Augen geöffnet; seither ist mein Interesse an Konflikten und deren Folgen, an Wegen zu ihrer

Bewältigung, aber auch an Wegen, die Leiden ihrer Opfer zu lindern, aus meinem Leben nicht mehr wegzudenken; sie haben mein Wertesystem und meine Persönlichkeit geprägt.

Wir waren sechs Missionsmitglieder aus sechs verschiedenen Ländern – fünf Männer und ich als einzige Frau –, die in einem russischen Militärhubschrauber von einem südrussischen Militärstützpunkt nach Grosny geflogen wurden. Zu unseren 600 kg Gepäck gehörten Campingbetten und Schlafsäcke, etwas Trockennahrung (die uns als Astronautennahrung schmackhaft gemacht worden war), auf die wir glücklicherweise nie zurückgreifen mussten, zwei Computer und ein kleiner Stromgenerator. Als

Unterkunft wurde uns ein Gebäude ohne Fenster und Türen zugewiesen – aber zumindest hatten wir ein Dach über dem Kopf! Keine Stühle, keine Tische, kein Mobiliar, kein Wasser, kein elektrischer Strom, keine Gas! Keine Streichhölzer und keine Taschenlampe – die war ganz unten in unserem Gepäck –, und so umgab uns sehr schnell die tiefe Dunkelheit der Nächte im Kaukasus, in der nur da und dort der Lichtschein eines Artilleriefeuers aufblitzte, denn in der ganzen Stadt wurde geschossen. Und – das allerwichtigste – wir hatten in diesen ersten Tagen kein Auto oder anderes Fortbewegungsmittel, mit dem wir uns hätten von der Stelle rühren können. Wie also sollten wir unsere Gesprächspartner – russische Vertreter und Tschetschenen – treffen, die über die ganze Region verstreut waren? Es blieb uns nichts anderes übrig, als einen der „wärmstens empfohlenen“ einheimischen Fahrer samt Auto zu mieten. Prompt wurde dieser dann schon bei unserem ersten Besuch auf tschetschenischer Seite hinter der inoffiziellen Waffenstillstandslinie von den Tschetschenen festgenommen, weil er angeblich für die Russen spionierte.

Alle Mitglieder unserer Mission waren ungefähr gleich alt und befanden sich etwa auf derselben Stufe der Karriereleiter – Diplomaten im Rang eines Botschaftsrats oder Militärangehörige –, als einzige Frau bekam ich die typisch geschlechterspezifischen Verhaltensweisen meiner männlichen Kollegen zu spüren. Bei der anfänglichen Aufgabenteilung gab es eine große Auseinandersetzung im Rahmen unseres Mandats, das politische Gespräche, humanitäre Unterstützung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit umfasste. Man versuchte mich von allem fernzuhalten und trug mir stattdessen auf, in der Küche die wenigen Einheimischen zu unterweisen, die uns dabei behilflich waren, uns zu organisieren.

Schon bald nach unserer Ankunft machten sich meine Kollegen auf, um in einem weit entfernten Dorf ein paar Leute zu treffen, mit denen sie sprechen wollten; sie blieben über Nacht weg – ohne mich davon zu verständigen (man stelle sich vor, dass es damals, vor wenig mehr als fünfzehn Jahren, noch kein Mobiltelefon

gab)! Ich war alleine in diesem Haus ohne Türen, ohne Fenster, rundum tobten die ganze Nacht hindurch schwere Kämpfe, dazu kam das erste Frühlingsgewitter dieses Jahres. Das war zweifellos eine der schlimmsten Nächte meines Lebens.

Da man mich von der politischen Arbeit fernhielt, versuchte ich eben, mich nützlich zu machen und mich derjenigen Aspekte des Mandats anzunehmen, die meinen Kollegen weniger wichtig waren, wie etwa Menschenrechte, humanitäre Unterstützung und Rechtsstaatlichkeit. Als dann die Verhandlungen in unseren OSZE-Räumlichkeiten begannen, war immer ich es, die die Beteiligten am Friedensprozess – russische Vertreter und Tschetschenen – am Eingang zu unserem Haus in Grosny begrüßte. Die Lage während der Verhandlungen war sehr angespannt, und so bemühte ich mich, die Situation zu entkrampfen, indem ich auf ihre Wünsche einging, und sei es nur nach einer Tasse Tee oder Kaffee.

Immer wenn die Verhandlungen ins Stocken gerieten, übernahm ich es, Friedens- bzw. Waffenruhevorschlüsse zu tippen und zu formulieren – und das alles in Russisch, der Verhandlungssprache. Ich tat, was immer man mir auftrug. Und Schritt für Schritt erkämpfte ich mir so wenigstens die Achtung der einheimischen Gesprächspartner. Als ich nach mehreren Monaten von Tschetschenien über Moskau nach Hause flog, kam am Flughafen ein Mann mit Blumen – es war mitten im Winter – auf mich zu mit den Worten: „Danke, Heidi. Sie waren das menschliche Gesicht dieser Mission. Im Namen des tschetschenischen Volkes danke ich Ihnen für alles, was Sie für uns getan haben!“

Diese sehr berührende Begegnung machte mir klar, dass es besonders unter so prekären Verhältnissen wie einem Konflikt auf ganz andere Dinge ankommt, als nur die rein beruflichen Fähigkeiten. Was zählt, sind Werte und der richtige Umgang mit Menschen. Das gilt in besonderem Maße, wenn man eine Frau ist und bei einer Friedensmission mit einer Führungsposition betraut wurde.

In den nächsten zwei Jahrzehnten war ich in anderen friedensfördernden Einsätzen und Friedensverhandlungen

für die UNO und die OSZE tätig. Nach meinen Erlebnissen in Tschetschenien wurde ich als stellvertretende Leiterin der Beobachtermission der Vereinten Nationen (UNOMIG) nach Georgien entsandt und leitete einige Jahre später als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (SRGS) diese Mission. Ich war auch die Persönliche Beauftragte der österreichischen OSZE-Vorsitzenden für Missionen im Kaukasus. Bei allen diesen Missionen lernte ich die Geduld und Beharrlichkeit, die Kompetenz und Flexibilität, die man nicht nur zum Überleben braucht, sondern die den kleinen Unterschied ausmachen, der verhindert, dass aus einem Konflikt erneut ein Krieg wird!

Eine weitere sehr spannende Erfahrung war meine Bestellung zur Leiterin der unabhängigen internationalen Untersuchungsmission für den Konflikt in Georgien im Jahr 2008. Ich hatte nur neun Monate Zeit für einen ausführlichen Bericht, der nicht nur auf den Krieg vom August 2008, sondern auch auf alle tieferen Ursachen, alle rechtlichen, humanitären und menschenrechtlichen Auswirkungen dieses äußerst verhängnisvollen Krieges im Südkaukasus eingehen sollte. In den folgenden Jahren leitete ich auch einige Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR der OSZE, u.a. in der Ukraine und in der Russischen Föderation; sie zählen für mich nach wie vor zu den bislang heikelsten Missionen, die einen Berufsdiplomaten, noch viel mehr eine Berufsdiplomatin, im Laufe seiner oder ihrer Karriere treffen können.

Bei allen meinen Einsätzen in Konfliktgebieten war die Tatsache, dass ich eine Frau war, immer etwas Ungewöhnliches und natürlich nicht immer gern gesehen, aber am Ende machten sich meine Beharrlichkeit und meine Geduld immer bezahlt, sowohl für mich persönlich, als auch für diejenigen, die mir mein Mandat erteilt hatten. Daher möchte ich im Folgenden ausgehend von meinen persönlichen und praktischen Erfahrungen im Laufe der Jahre eine Art Checklist der Werte und sozialen Kompetenzen aufstellen, auf die es letztendlich wirklich ankommt, wenn man als Frau in einem Konfliktumfeld tätig ist:

INTEGRITÄT

ist das Erste und Wichtigste. Bei Friedensmissionen sind Frauen in Spitzenpositionen immer der kritischen Prüfung und Beobachtung ausgesetzt. Generell sind Frauen in Friedensmissionen immer mit mehr Skepsis und Misstrauen konfrontiert als Männer in derselben Position. Im brisanten Umfeld eines Konflikts, in dem keiner dem anderen vertraut, muss der Missionsleiter absolut integer sein, denn davon hängt ab, ob man als Unterhändler/Mediator akzeptiert wird oder nicht. Man kann ein guter Verhandler sein, doch wenn man sich politisch oder moralisch angreifbar macht, dann rächt sich das früher oder später.

GESUNDER MENSCHENVERSTAND

ist etwas, das man in einer brisanten Konfliktumgebung unbedingt braucht. Wer, wenn nicht Sie, sollte einen kühlen Kopf bewahren, in Situationen, in denen schon der kleinste Zwischenfall alle anderen nervös macht und überreagieren lässt? Sie müssen in Ihrem Denken, Ihrer Einschätzung, Ihren Entscheidungen – einfach immer den gesunden Menschenverstand walten lassen. Er ist hilfreich, wenn man eine Situation deeskalieren und vernünftige Vorschläge aufs Tapet bringen will.

UNPARTEILICHKEIT

lautet DIE Parole eines jeden Friedensprozesses; selbst wenn es mitunter sehr schwer ist, nicht Partei zu ergreifen – wir haben schließlich alle Sympathien und Abneigungen –, muss man wissen, dass man seine Glaubwürdigkeit einbüßt, wenn man sich nicht an diese Regel hält.

GLAUBWÜRDIGKEIT

ist eine weitere Schlüsseleigenschaft, die eng mit der Integrität verknüpft ist; Ihre Gesprächspartner müssen sich darauf verlassen können, dass Sie selbst von dem überzeugt sind, was sie bei Ihren Treffen sagen, und dass Sie auch danach handeln. Wenn man Ihnen so großes Vertrauen entgegen bringt, dass man Ihnen außerhalb der offiziellen Treffen Dinge anvertraut, dann muss man das zu schätzen wissen und es bei sich behalten. Manchmal wollen Ihre Gesprächspartner Sie damit auf die Probe stellen. Halten Sie sich vor Augen, dass Ihre Gesprächspartner in jedem Friedensprozess über wesentlich bessere Verbindungen verfügen, wesentlich mehr wissen, besser über die Geschichte des Konflikts und über ihre Gegner auf der anderen Seite Bescheid wissen, als Sie selbst. Und sie werden auch – schneller als Sie sich das vorstellen können – alles über Sie in Erfahrung bringen. Sie dürfen sie also unter keinen Umständen hintergehen. Das wäre der Anfang Ihres Endes in jedem Friedensprozess.



AUSDAUER & ZIELSTREBIGKEIT

Will man in einem Friedensprozess etwas erreichen, dann braucht es Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, die jedoch keineswegs in Fanatismus ausarten sollten. Davor hüte man sich unter allen Umständen! Lassen Sie sich von niemandem zur Seite drängen. Sie brauchen für Ihre Arbeit Ausdauer und Konzentration, zugleich jedoch auch Bescheidenheit und Vernunft. Triumphieren Sie nicht, wenn Sie eine Schlacht gewonnen haben – in einem Friedensprozess kann immer alles wieder in Frage gestellt werden!

INTUITION

ist in jedem Friedensprozess ein wertvolles Instrument. Und hier haben Frauen vielleicht einen Vorteil gegenüber Männern; es ist viel gewonnen, wenn man spürt, ob der Gesprächspartner es mit einem Vorschlag ernst meint oder nicht. Einer Frau sagt unter Umständen ihre Intuition, dass sich ihre Kollegen bei einem Friedenseinsatz von einer möglicherweise gefährlichen Straße fernhalten sollten, vielleicht, weil sie von Natur aus vorsichtiger oder weniger risikobereit ist. Natürlich reicht Intuition alleine nicht aus; man muss auch gute Ratschläge annehmen können. Man muss ein gutes Gespür dafür haben, wann man handeln soll und wann man besser abwartet. Das kann Ihnen und Ihren Mitarbeitern in der Mission unter Umständen das Leben retten! Intuition kann auch bedeuten, dass Sie sich in die Besorgnisse Ihrer Gesprächspartner im Friedensprozess einfühlen können, woraus eine gewisse Achtung entsteht, was immer hilfreich ist.

STANDFESTIGKEIT & DURCHHALTEVERMÖGEN

Friedenseinsätze finden kaum je in einer normalen Umgebung statt; ob Sie Ihrer Aufgabe wirklich gewachsen sind, wird letztlich davon abhängen, wie gut Sie mit einer schwierigen Umgebung, schwierigen Menschen und schwierigen Aufgaben zu Rande kommen. Sie müssen auch körperlich fit und geistig, psychisch und emotional stabil sein. Friedensmissionen sind eine harte Schule, sie verlangen Ihre ganze Kraft.



KOMPETENZ

Will man als Frau in einer Führungsposition ernst genommen werden, dann muss man wirklich kompetent sein und zeigen, dass man mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr von der Sache versteht, als die männlichen Kollegen.



3

RECHENSCHAFTSPFLICHT

ein weiteres Schlüsselwort auf meiner Liste; vergessen Sie niemals, dass Sie sich für jeden Schritt verantworten müssen; mögeln sie nicht, es zahlt sich auf lange Sicht nicht aus.

ENTSCHLOSSENHEIT

Als Missionsleiterin brauchen Sie auch genügend Entschlusskraft, um Entscheidungen zu treffen und dabei alle damit verbunden Risiken und Gefahren abzuwägen. Das heißt unter Umständen, dass man Fehler macht – und die Verantwortung für seine Entscheidung übernimmt. In Friedensprozessen gibt es keine einfachen Lösungen! Einer meiner Kollegen in einer UNO-Mission schickte einen Hubschrauber in ein besonders gefährliches Gebiet, weil das sein Mandat vorsah. Eine der Konfliktparteien hatte ihn vor der drohenden Gefahr gewarnt, doch er meinte, sein Mandat befolgen zu müssen. Der Hubschrauber wurde abgeschossen, und keiner der Peacekeeper, Übersetzer und Besatzungsmitglieder an Bord überlebte. Es ist schwer, nach einer solchen Katastrophe weiter zu leben und zu arbeiten!

GEDULD

Friedensverhandlungen erfordern auch unendlich viel Geduld und Gelassenheit. Ein Friedenprozess ist ein langes und mühevolleres Unterfangen. In den vier Jahren, die ich als UNO Sondergesandte und Missionsleiterin im Abchasien-Konflikt (Georgien) zubachte, bestand die unausgesetzte Herausforderung und ungeheure Anstrengung darin, die brüchige Stabilität bzw. den labilen Status quo zu erhalten – was für die Menschen außerhalb keine große Leistung war. „Was haben Sie erreicht?“ lautete eine der typischen Journalistenfragen zu Hause. „Es ist uns gelungen, die Stabilität zu bewahren und ein Wiederausbrechen des Krieges zu verhindern“, pflegte ich darauf zu antworten. Worauf unweigerlich die Feststellung folgte: „Nun, nicht gerade viel, oder?“ Hätten diese Journalisten gewusst, welche Aufmerksamkeit und unendliche Geduld die ständige Bereitschaft erforderte, jederzeit, Tag und Nacht, mit jedem zu sprechen, sich nachts an den Ort eines Überfalls oder Angriffs zu begeben und dort entsetzliche Dinge zu sehen, – sie hätten vielleicht anders gedacht. Aber die Begriffe „Status quo“ und „brüchige Stabilität“ eignen sich nicht für Schlagzeilen; diese oberflächliche Denkweise änderte sich erst mit dem für viele völlig unerwarteten Ausbruch des Krieges in Georgien im August 2008!

FLEXIBILITÄT

Bei Friedensmissionen muss man unglaublich flexibel sein. Das gilt sowohl für die Verhältnisse, unter denen man dort lebt und die häufig ziemlich prekär sind, als auch für die sich ständig verändernden politischen und Sicherheitsverhältnisse. Sie müssen sich rasch auf eine neue Situation einstellen und voll handlungsfähig sein.

ZUHÖREN KÖNNEN

Diese Fähigkeit ist bei Friedensmissionen unverzichtbar. Man muss mit allen sprechen, allen zuhören und alle gleich behandeln, auch wenn einem manchmal gar nicht danach ist. Akzeptieren Sie keinerlei Kritik von jemandem, der Ihnen vorwirft, mit X, Y oder Z zu reden, die doch die „Bösen“ sind. In einem Konflikt ist es Ihr Vorrecht, aber auch Ihre Pflicht, sich im Dienste von Objektivität und Unparteilichkeit mit allen Beteiligten zu treffen und mit ihnen zu sprechen. Vergessen Sie nicht, der Verlierer von heute kann der Sieger von morgen sein.



4

MOTIVIEREN SIE IHR TEAM

Als Leiter einer Friedensmission müssen Sie dafür sorgen, dass Ihr Team gut zusammenarbeitet. Es gibt kein Dream-Team; Missionsmitarbeiter sind Menschen, und Eifersucht, Inkompetenz, böser Wille – was auch immer – kommen überall vor. Als Leiter der Mission müssen Sie Ihre Leute dazu motivieren, alle Kräfte zu mobilisieren und ihr Bestes zu geben. Das verlangt Stärke und salomonische Entschlusskraft. Und es braucht viel Energie. Ein russisches Sprichwort bringt das gut zum Ausdruck: „Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter“.

KEIN ÜBEREIFER!

Seien Sie nicht übereifrig: „Nur kein Übereifer!“, hätte der französische Philosoph Talleyrand gesagt. Wenn man zu ehrgeizig ist, läuft man Gefahr, unnötige Risiken einzugehen.



5

Für alle, die sich in der Friedensstiftung engagieren, sind Empathie und Menschlichkeit ein absolutes Muss. Klingt pathetisch, ist es aber nicht, ganz im Gegenteil. Wenn man keine wirkliche Achtung und kein tiefes Mitgefühl für Menschen empfindet, die durch die Hölle gegangen sind und häufig noch immer darunter leiden, dann sollte man sich nicht in Konflikten engagieren, in denen Menschen großes Leid zugefügt wurde.

Jeder, der sich auf eine solche Mission einlässt, muss für sich selbst folgende Fragen klären: Halte ich es aus, mit einem Konflikt und in einem Konfliktumfeld zu leben? Viele Schwierigkeiten in Missionen rühren daher, dass man das vor Antritt seiner Tätigkeit nicht wirklich für sich geklärt hat. Man muss wissen, dass ein Friedenseinsatz heißt, Verantwortung zu übernehmen. Man muss selbst entscheiden, ob man mit dieser Verantwortung leben kann. Was meine ich damit genau? Die tägliche Realität bedeutet Opfer, Angriffe, Geiselnahmen und Hinterhalte – für Sie und die Angehörigen Ihrer Mission –, das alles kann vorkommen. Es ist nicht leicht, damit zu leben.

Wer eine Führungsposition in einer Friedensmission innehat, muss immer mit dem Schlimmsten rechnen und darauf vorbereitet sein: Srebrenica, Ruanda, Somalia, Darfur, Liberia, Kongo, Südossetien und vieles andere mehr hat sich tatsächlich ereignet und wird sich wieder

DEN TON ANGEBEN

Seien Sie sich darüber im Klaren, dass jeder in einer Führungsposition, aber ganz besonders Frauen, die eine Friedensmission leiten, ständig kritisch beäugt werden: Ihr Aussehen (lächelt sie, ist sie müde, nervös, entspannt, besorgt?), Ihre Kleidung (der kritische Blick ist meist erbarmungslos, besonders wenn er von anderen Frauen kommt) und Ihre Reaktion in kritischen und gefährlichen Situationen. Hier muss man ständig Selbstbewusstsein und Selbstkontrolle ausstrahlen; wenn Sie den Ton angeben, werden die anderen Sie respektieren und Ihnen folgen.

ereignen! Es kommt vielleicht nicht während Ihres Einsatzes zum Schlimmsten, aber verlassen Sie sich niemals auf Ihr Glück. Auch wenn oft alles gut geht, muss man stets auf alles vorbereitet sein.

Mir selbst war Disziplin eine große Hilfe. Disziplin ist eine Lebenseinstellung. Natürlich muss man seine Aufgabe ernst nehmen. Aber man muss sich auch Zeit für sich selbst nehmen: ausreichend Schlaf, was nicht immer leicht ist, gutes Essen, regelmäßiger Sport, und – besonders wichtig – man darf den Kontakt zu Kultur und Natur nicht verlieren, sie sind die nie versiegende Quelle, aus der wir Erholung und Ausgleich schöpfen. Mir hat es mitunter in anstrengenden Missionen sehr geholfen, mir selbst einen Leitsatz zu geben oder einen Glaubenssatz einzuprägen. Einer davon lautet: „Gib niemals auf!“

Lassen Sie mich abschließend Friedrich Dürrenmatt, einen meiner Schweizer Lieblingschriftsteller zitieren, der uns folgende Weisheit schenkte: „Man darf nie aufhören, sich die Welt vorzustellen, wie sie am vernünftigsten wäre.“

—
Botschafterin Heidi Tagliavini ist seit mehr als 30 Jahren als Diplomatin für die Schweiz tätig. Sie war in zahlreichen bilateralen und multilateralen Verwendungen im Einsatz, hauptsächlich in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan. Sie leitete Friedensmissionen im Auftrag von OSZE und UNO. 2008 betraute sie der Rat der Europäischen Union mit der Leitung der unabhängigen internationalen Mission zur Untersuchung des Konflikts in Georgien. Vor Kurzem wurde sie als Mitglied in das Interna-

SICH SELBST KENNEN

Ein ganz wichtiger Punkt: Wenn Sie sich auf eine Friedensmission einlassen, müssen Sie Ihre eigenen Schwächen und Stärken kennen; Sie müssen sich im Spiegel ansehen können, ohne Angst davor zu haben, was Sie darin entdecken. Wenn Sie das nicht können, wird Ihr Gegenüber in dem Konflikt nichts lieber tun, als Ihnen den Spiegel vorzuhalten – meist zu Ihren Ungunsten!



6

tionale Komitee vom Roten Kreuz gewählt. Sie erhielt Ehrendoktorate der Universitäten Basel und Bern. Zu Beginn 2013 leitete sie die BDIMR/OSZE Wahlbeobachtungsmission für die Präsidentschaftswahlen in Armenien.

By Heidi Tagliavini

The Report of the Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, issued in September 2009 can be found at www.ceiig.ch.

The Caucasus - Defense of the Future, Twenty-Four Writers in Search of Peace, ed. by the OSCE Representative on Freedom of the Media, Freimut Duve and Heidi Tagliavini, Folio Verlag Vienna - Bolzano, 2001 (English, German, Russian)

Zeichen der Zerstörung: Der andere Blick: Reminiszzenzen aus Tschetschenien (Benteli, 1998) (in German – an album of photos of Chechnya)

Als Leiterin der UN-Beobachtermission in Georgien (UNOMIG) 2002 – 2006 :
1. Beim wöchentlichen Vierertreffen mit den russischen Friedenstruppen
2. Auf Patrouillengang auf der abchasischen Seite der Konfliktzone
3. Bei einer Trauerfeier für die Opfer eines Anschlags auf ein georgisches Dorf, bei dem mehrere Milizsoldaten ermordet wurden.

4. Pressebriefing über die Verhandlungen im UNOMIG-Hauptquartier in Tiflis
5. Vor Eintreffen der Verhandlungsdelegationen im UNOMIG-Sektorhauptquartier in Sugdidi
6. Als Leiterin der Verhandlungen zwischen der georgischen und der abchasischen Seite

(Fotos: UNOMIG)

20 Jahre Hoher Kommissar für nationale Minderheiten

Der ungebrochene Wert einer innovativen Institution

von John Packer

Die Geschichte der Gründung und der Anfänge der OSZE-Institution Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten (HKNM) wurde schon oft beschrieben. 1992 war es jedenfalls ein unerhört mutiger Schritt, eine einzelne Person, auch wenn sie über reiche Erfahrung verfügte und ihr höchste Integrität bescheinigt wurde, damit zu betrauen, in durch ethnische Spannungen ausgelösten Konflikten, die ihrer Einschätzung nach eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, in direkten Kontakt mit den betroffenen Staaten zu treten und dort tätig zu werden. Es waren wohl die Gegebenheiten in Europa unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges, die diese institutionelle Innovation möglich gemacht haben. Jedenfalls formten das Eingreifen des HKNM in einem Frühstadium und die vorgegebenen Interventionsbedingungen

ein Instrument, das Beachtliches vollbracht hat. Es hat sogar andere veranlasst, seine Arbeitsweise (wenn auch nicht das genaue Mandat) zu übernehmen – was einmal mehr beweist, dass Nachahmung die größte Anerkennung ist.

Bisherige Erfolge

Als wichtigsten Erfolg des HKNM könnte man den Umstand bezeichnen, dass es ihn überhaupt gibt. Keine Institution im Bereich der internationalen Beziehungen kann auf ein vergleichbares Mandat verweisen, das im Voraus zur direkten Kontaktaufnahme mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in allen OSZE-Teilnehmerstaaten ermächtigt. Diese außerordentlich intrusive Befugnis geht mit Sorgfalts- und Verhaltenspflichten einher, insbesondere Verschwiegenheit und Vertraulichkeit. Doch dieses Konzept hätte auch Papier bleiben

können. Oder seine Umsetzung hätte sich auf die ursprünglich angedachte Frühwarnfunktion beschränken können. Statt dessen bildete sich dank der Erfahrung und der Kreativität des ersten HKNM, des Niederländers Max van der Stoel, ein Herangehen an sein Mandat und die Situationen, in denen er aktiv wurde, heraus, das zur etablierten Praxis wurde: eine besondere Form der präventiven und stillen Diplomatie. Der HKNM will nicht nur gewaltsame Zwischenfälle und mögliche Verstrickungen, die zum Krieg führen könnten, verhindern oder entschärfen, sondern auch die friedliche Beilegung oder die Bewältigung der zugrunde liegenden Probleme erleichtern und die Parteien dazu veranlassen, nicht den Konflikt sondern dauerhaften Frieden und Wohlstand zu suchen.

Es ist offenkundig, dass der HKNM in seiner Arbeit nicht auf Zwang oder materielle Belohnung setzt; seine

Instrumente sind vielmehr Analyse, Argumente und Überzeugungskraft. Sein Wissen und seine Erfahrung in multilateraler Diplomatie, seine Kenntnisse in Rechtsvergleichung und Völkerrecht, der Strukturen und Regelungen für gute Regierungs-führung, der Individual- und Sozialpsychologie und der vielfältigen menschlichen Beziehungen sind die Quellen, aus denen der HKNM in konkreten Situationen schöpft. Genauigkeit, Einfühlungsvermögen und Wendigkeit sind wesentliche Merkmale von wirkungsvoller Arbeit.

Der HKNM wurde als „normsetzender Vermittler“ bezeichnet (vom Wissenschaftler Steven Ratner, Näheres dazu weiter unten). Er hilft Regierungen und öffentlichen Stellen, ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten und betroffenen Personen und Gemeinschaften ihre Rechte und Pflichten (und deren Grenzen) zu verstehen. Er leistet ihnen Hilfestellung beim Aushandeln geeigneter Vereinbarungen – eines Modus Vivendi.

Für eine solche Institution ist es schon eine Leistung, in nur einer einzigen Situation Leben und Existenzen gerettet zu haben. Allen drei HKNM – dem Schweden Rolf Ekéus und dem derzeit amtierenden HKNM Knut Vollebaek aus Norwegen, die die Pionierarbeit von van der Stoel weiterführten – ist es mit einem relativ kleinen Team gelungen, in vielen Fällen gleichzeitig wirksame Arbeit zu leisten. Soweit ich weiß, gibt es keine Aufzeichnungen darüber, zu wie vielen Strategien, Gesetzen (einschließlich Grundgesetzen), Programmen und Verfahren die drei HKNM im Laufe von 20 Jahren den Anstoß gegeben oder dafür gesorgt haben, dass sie reformiert oder aufgehoben, unterstützt, finanziert oder auf andere Weise beeinflusst werden. Aber es waren viele, in sehr vielen Teilnehmerstaaten. Die geleistete Arbeit lässt sich an der Stabilität ermes sen, die zum immensen Vorteil der betroffenen Gemeinschaften und der ganzen Bevölkerung eingekehrt ist. In den 20 Jahren und Dutzenden Fällen kam

es vielleicht zwei oder drei Mal zu einem Rückschlag und zum Ausbruch von organisierter Gewalt – die jedoch in allen Fällen in Grenzen gehalten werden konnte.

Jeder der drei HKNM hat außerdem wichtige allgemeine Empfehlungen ausgearbeitet, in denen die wesentlichen Elemente völkerrechtlicher und politischer Verpflichtungen sowie bewährter Verfahren für gute Staatsführung in den Hauptbereichen der staatlichen Regulierung und Tätigkeit festgehalten und zusammengefasst sind, etwa in Bezug auf das Bildungswesen, den Gebrauch von Sprachen, politische Mitsprache, Polizeiarbeit, grenzüberschreitende Unterstützung ethnischer Gemeinschaften und sozialen Zusammenhalt. Sie haben einen umfangreichen Corpus von Referenzmaterial geschaffen, der in zahlreichen Sprachen vorliegt und den am höchsten entwickelten und fortschrittlichsten Rahmen für die friedliche Steuerung der Vielfalt und der interethnischen Beziehungen darstellt.

Die Erkenntnisse und Ratschläge der HKNM haben eine Generation von Regierungs-behörden, Parlamentariern und Juristen sowie Führungspersönlichkeiten und Fürsprecher von Gemeinschaften beeinflusst. Sie haben zur Entwicklung einer Art von Politik beigetragen, die normativ, deliberativ und friedlich ist. Sie muss jedoch ständig gehegt und an geänderte Bedingungen und sich entwickelnde Bedürfnisse, Interessen und Bestrebungen angepasst werden.

Die Zukunft

Die interethnischen Konflikte, die mit dem historischen Wandel der 1990er Jahre einhergingen, liegen hinter uns. Dennoch bestehen trotz der europäischen Integration nach wie vor angespannte Beziehungen zwischen Volksgruppen und Staaten – nicht nur im Kampf um Ressourcen, Macht oder Prestige, sondern auch durch das Aufeinanderprallen nationaler Identitäten und Sichtweisen. Nachdem die Euphorie nach dem Ende des Kalten Krieges den Geschichtsbüchern überantwortet

wurde, bewegt sich der HKNM heute in einem schwierigen sozioökonomischen Umfeld. Das Wiederaufleben einer extremen, kompromisslosen Form von Nationalismus ist eine beharrliche Bedrohung. Es bestehen tief sitzende Vorurteile und Hassgefühle, die von skrupellosen und unverantwortlichen Anführern und ethnischen Freibeutern für ihre Zwecke geschürt werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten können solche obskuren Denk- und Verhaltensweisen an Attraktivität gewinnen. Die moderne Technik, vor allem die sozialen Medien, machen unsere Gesellschaft zwar freier und transparenter, können aber auch eine rasche und weite Ausbreitung von zu Diskriminierung, Hass und Feindseligkeit aufhetzenden Reden zulassen. Außerdem dringen sie in offene Räume ein, die freie Gesellschaften so schätzen, bereiten den Boden, auf dem vergiftendes Gedankengut gedeihen und den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität schädigen kann.

Viele Regierungen bemühen sich nach Kräften, gegen diese Bedrohungen vorzugehen, während manch andere dazu beitragen. Sowohl neue als auch etablierte Demokratien sind mit Problemen der Apathie und der Ernüchterung ihrer Bürger konfrontiert, und das Misstrauen in den Staat hat Volksbewegungen entstehen lassen – manche von ihnen sind positiv, andere nicht. Die Welt erscheint immer komplexer und ungewisser. Migration, Zuwanderung und soziale Umwälzungen sind allgegenwärtig und werden vermutlich weiter zunehmen. Wir beschreiben hier keinen historischen Übergang in nur einem Teil der OSZE-Region, sondern einen anscheinend allgemeinen Zustand. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten brauchen Hilfe bei der Bewältigung dieser Herausforderungen durch verantwortungsvollere Staatsführung und bessere Zusammenarbeit. Das gab zweifellos auch den Anstoß zu den vor Kurzem von Knut Vollebaek herausgegebenen „Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften“, die für alle Teilnehmerstaaten äußerst

relevant sind. Und seine Absichtserklärung, sich mit den Herausforderungen der Staatsbürgerschaft in der heutigen Zeit befassen zu wollen, ist noch mutiger und wichtig für die kommenden Generationen.

Das Konzept des HKNM als Instrument der Konfliktverhütung, das in der frühestmöglichen Phase ansetzt, ist wichtiger denn je. Die Besonderheiten dieses Ansatzes – proaktiv statt reaktiv zu sein, direkte Kontakte zu knüpfen, diskret und vertraulich Beziehungen aufzubauen – werden auch weiterhin von größter Bedeutung sein. Der HKNM wird auch in Zukunft „präsent sein“ müssen – physisch am Ort der Spannungen und geistig auf der Höhe der Ereignisse. Das erfordert ständiges Analysieren und Einfühlungsvermögen und verlangt Engagement auf vielen Ebenen. Und natürlich braucht es dazu die nötigen personellen und materiellen Ressourcen, verbunden mit einer ebenso mutigen wie einfühlsamen Führung,

die Auswege sucht und findet.

Eine vor Kurzem in einer Sonderausgabe von *International Negotiations* veröffentlichte eingehende vergleichende Studie von Eileen Babbitt über einen ähnlichen Tätigkeitsbereich von Institutionen der UN, der Organisation der amerikanischen Staaten und des Commonwealth belegt, dass der HKNM nicht nur innovativ war, sondern nach wie vor der „Goldstandard“ der präventiven und stillen Diplomatie ist. Daran wird sich vermutlich auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Die OSZE sollte sich freuen, dass sie von ihrer eigenen weisen Voraussicht und der laufenden Arbeit des HKNM profitieren kann.

—
John Packer ist der Verfassungsexperte im Verfügungsbereiten Team von Sachverständigen für Vermittlung der UN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten. Von 1995 bis 2000 war er Erster Rechtsberater des ersten HKNM und wurde anschließend erster Direktor im Büro des HKNM, eine Funktion, die er bis zum Frühjahr 2004 innehatte. Er diente unter den beiden ersten HKNM und berät auch den nunmehr dritten Amtsinhaber.

Weiterführende Publikationen!

International Negotiations: Preventive Diplomacy: Mediation by Intergovernmental Organizations (Band 17, Nummer 3, 2012).

Diese Sonderausgabe von *International Negotiations* enthält die vergleichende Studie „Preventive Diplomacy by Intergovernmental Organizations: Learning from Practice“ von Eileen Babbitt und führt einzelne Fallstudien an. „Die nachhaltigste Prävention ist erreicht, wenn die Beziehungen zwischen Gruppen sich nicht nur verbessern, sondern auch in innerstaatlichen Gesetzen/Institutionen verankert werden, wodurch ihr Fortbestand gesichert wird. Der Wert des HKNM-Konzepts liegt im Unterschied zu allen anderen internationalen Regierungsorganisationen im Eintreten für die Festschreibung dieser Veränderungen in Gesetzen und Institutionen, was den Ländern dabei hilft, abstrakte Werte in Realitäten umzusetzen, und in der Fortsetzung des Engagements zur Unterstützung dieser Veränderungen über einen längeren Zeitraum hinweg“, so Babbitt.

Olivier Brenninkmeijer, *The OSCE High Commissioner on National Minorities:*

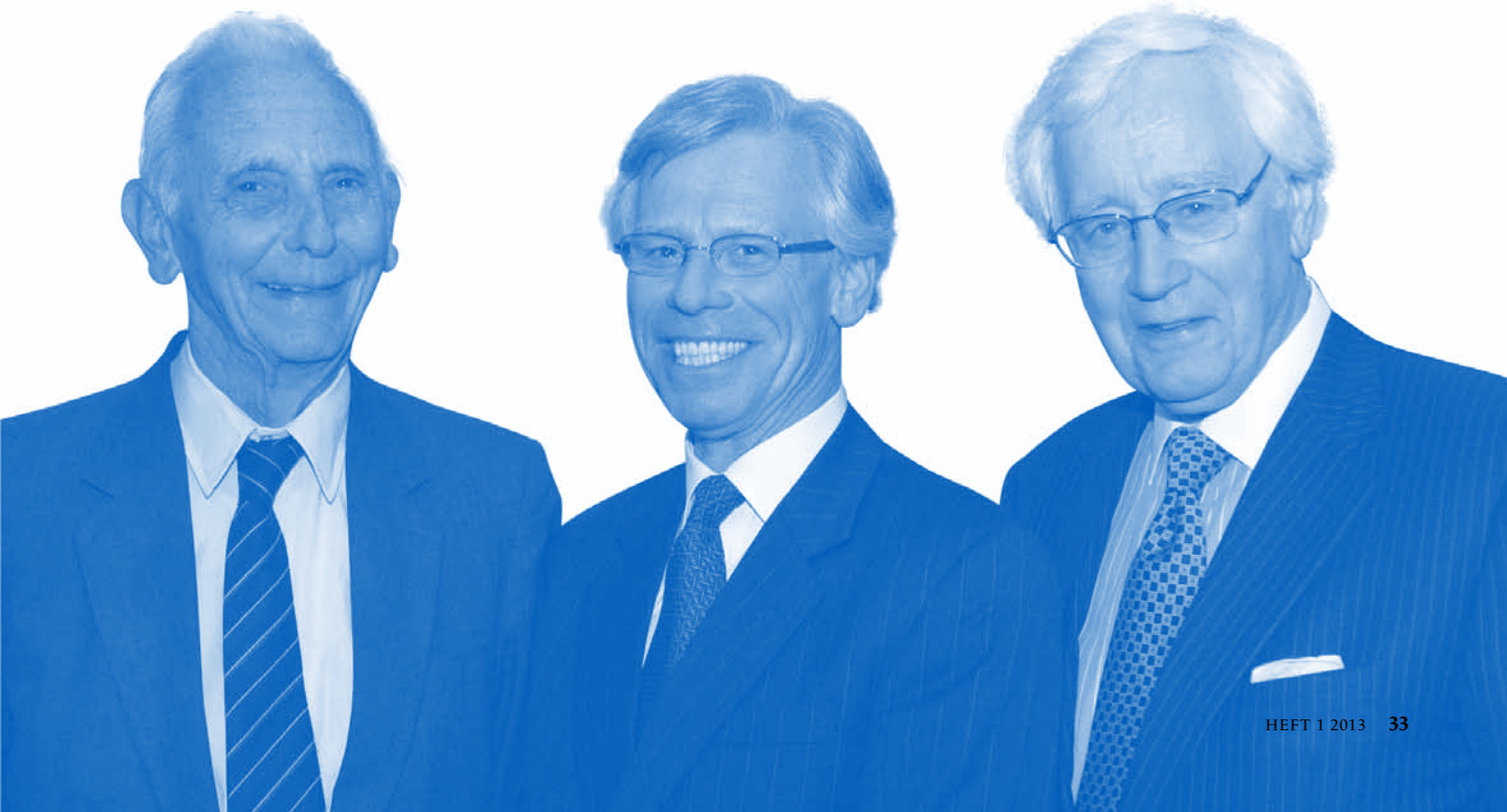
Negotiating the 1992 Conflict Prevention Mandate (HEI, 2005). Diese Untersuchung schildert die Gründung und die Anfänge des HKNM.

Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg, *On the Effectiveness of the OSCE Minority Regime.* Eine Reihe umfassender Studien zur Arbeit des HKNM in konkreten Situationen.

Steven R. Ratner, *Does International Law Matter in Preventing Ethnic Conflict?* in *NYU Journal of International Law and Politics*, Band 32, Nummer 3, 2000, S. 591-698 in 668 684.

Die drei Hohen Kommissare für nationale Minderheiten

Von links nach rechts: Max van der Stoep (1. Januar 1993 bis 30. Juni 2001); Knut Vollebaek (1. Juli 2007 bis heute); Rolf Ekéus (1. Juli 2001 bis 30. Juni 2007)





*Interview mit Knut Vollebaek, Hoher
Kommissar für nationale Minderheiten
(Dublin, 7. Dezember 2012)*

von Ursula Froese

Still, nicht stumm

„Gäbe es die stille
Diplomatie nicht, hätten
viele potenzielle Konflikte
ihren Lauf genommen.“

Fotos OSZE



Ursula Froese: Im letzten Monat haben Sie die „Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Ge-

sellschaften“ heraus. Wie werden die Teilnehmerstaaten ihrer Meinung nach darauf reagieren?

Knut Vollebaek: Ich hoffe natürlich, dass sie sie lesen und versuchen werden, sie zu beherrsigen. Wir haben uns bemüht, sie praxisnah zu gestalten. Wir haben uns gefragt: „Was können wir, anhand der Erfahrungen unserer Institution, zur praktischen Umsetzung der Integration beitragen?“ Die Empfehlungen sind für alle unsere Gesellschaften anwendbar, im Norden, Süden, Osten und Westen von Wien.

Natürlich können sie nicht überall eins zu eins umgesetzt werden – wie sie angewendet werden sollten, wird von den jeweiligen Gegebenheiten abhängen. Jetzt werden wir sie den Staaten länderspezifisch vorstellen, auch regional, denn sie können auch regionale Auswirkungen haben, aber auch lokal, denn viele der Empfehlungen werden von den örtlichen Behörden umzusetzen sein.

Sie arbeiten hauptsächlich hinter den Kulissen, mittels sogenannter stiller Diplomatie – wie müssen wir uns das in der Praxis vorstellen?

Das bedeutet weder, dass ich flüstere, noch dass ich stumm bin. Es heißt vielmehr, dass ich niemanden an den Prager stelle.

Sie wissen ja, dass sich das aus meinem Mandat ergibt. Es ist eine ziemlich einzigartige Institution, die in einer sehr schwierigen Zeit der europäischen Geschichte, während der Balkankriege, ins Leben gerufen und mit einem starken Mandat ausgestattet wurde. Ich kann nach eigenem Ermessen tätig werden. Meine Arbeit hat jedoch vertraulich zu sein.

Ich halte das für sehr sinnvoll, denn die meisten Probleme, mit denen ich mich befasse, sind ausgesprochen heikle Fragen, die die internationale aber auch die örtliche Politik berühren. Zu wissen, man wird nicht sofort der öffentlichen Kritik ausgesetzt, lässt die Behörden oft einen Schritt weiter gehen, als sie es sonst getan hätten. Wenn ich ihnen einen Vorschlag mache, sind sie eher geneigt zu sagen: „OK, lassen Sie es uns versuchen.“ Wenn es nicht funktioniert, nun, dann hat es eben nicht geklappt, aber wenn es gut geht, dann können sie an die Öffentlichkeit treten und sagen: „Wir haben mit dem Hohen Kommissar zusammengearbeitet, wir sind zufrieden mit dem Ergebnis und haben dieses oder jenes Ziel erreicht.“

Die stille Diplomatie ist auch insofern nützlich, als ich laut meinem Mandat frühzeitig eingreifen soll, ehe es zum Konflikt kommt. Gemeinsam mit den Behörden versuche ich zu verhindern, dass vorhandene Spannungen zum Problem eskalieren. Gäbe es die stille Diplomatie nicht, hätten viele potenzielle Konflikte ihren Lauf genommen. Viele hätten wohl gesagt: „Nein, wir reagieren nicht auf diesen Zwischenfall oder diese Entwicklung, denn die Leute könnten misstrauisch werden und glauben, die Situation sei viel ernster als sie tatsächlich ist.“ Wie wir aus bitterer Erfahrung mit der internationalen Politik wissen, werden wir bei interethnischen Konflikten sehr oft zu spät tätig. Politiker und internationale Organisationen tendieren weitgehend dazu, zu reagieren, anstatt von sich aus tätig zu werden. Der HKNM wurde als proaktive Institution geschaffen, und um proaktiv zu sein, ist es wichtig, vertraulich mittels stummer oder stiller Diplomatie arbeiten zu können. Ich halte stille Diplomatie für die bessere Bezeichnung, denn wir sind ja nicht stumm. Vertraulich zu arbeiten, heißt, dass ich kein großes Geschrei veranstalte, und das ist hilfreich.

Wie wirkt sich der Wirtschaftsabschwung auf die Lage nationaler Minderheiten aus?

Wir stellen heute eine bedauerliche Entwicklung fest, das Wiederaufleben von Nationalismus. Das könnte viele Gründe haben. Die Menschen suchen ihre Wurzeln und meinen, ihre Identität, ihre Kultur und ihre Grundwerte verteidigen zu müssen.

Allerdings glaube ich, dass sich dieser Trend schon vor der Finanzkrise abgezeichnet hat. Wenn Sie Länder ansehen, die von der Finanzkrise nicht stark betroffen sind, finden Sie auch dort derartige Strömungen. Gleichzeitig bin ich der Ansicht, dass die Finanzkrise sie tatsächlich verstärkt hat. In der derzeitigen Lage sind wir mehr als bisher geneigt, Schuldige für alles zu suchen, was falsch läuft. Da wird eine Minderheit leicht zur Zielscheibe.

Diese Tendenz zur Fremdenfeindlichkeit, zum Nationalismus und zur Diskriminierung ist etwas, das eine Organisation wie die OSZE besonders wachsam im Auge behalten muss. Sie betrifft die meisten unserer Gesellschaften und wir müssen etwas dagegen unternehmen, wenn wir verhindern wollen, dass sie zu einer echten Bedrohung für uns wird.

Lassen Sie mich auf die „Richtlinien von Laibach“ zurückkommen. Ein wichtiger Aspekt der Verhütung von Konflikten zwischen Volksgruppen besteht darin, allen Akteuren bewusst zu machen, dass sie an ihrer Gesellschaft

teilhaben, dass sie kein Fremdkörper sondern Teil davon sind. Wenn ich keinen Anteil an der Gesellschaft habe, so nehme ich das übel und ich kann gefährlich und zu einer Bedrohung für die Gesellschaft werden, die mich ausgrenzt.

In manchen Ländern zeigt sich eine Tendenz, den Staat ethnisch zu definieren. Das mag historisch verständlich sein. Ich halte es aber für äußerst gefährlich. Auf der ganzen Welt gibt es kein einziges monoethnisches oder homogenes Land mehr. Die Regierungen sollten eine offene Haltung einnehmen und sagen: „Was immer dein ethnischer Hintergrund ist, du bist mein Bürger. Ich werde mich um dich kümmern. Das ist meine Pflicht als Staat.“ Das ist die beste Methode, um ethnische Spannungen zu verhindern. Und dann könnten sie noch hinzufügen: „Du hast als Bürger aber auch die Pflicht, an der Gesellschaft teilzunehmen.“

Wie versuchen Sie, die Menschen dazu zu bringen, Minderheiten anzunehmen und Vielfalt als Stärke zu sehen?

Wir haben im Büro ein Motto: „Integration unter Achtung der Vielfalt“. Sprache, Kultur, Religion oder was immer: Wenn Sie eine Identität haben, dann sollte sie geachtet werden und Sie sollten das Recht haben, sich zu ihr zu bekennen. Die meisten von uns haben ja gleichzeitig mehrere Identitäten. Praktisch gesehen lehrt uns die Erfahrung, dass niemand auf Dauer zur Assimilierung gezwungen werden kann. Sicherlich können Sie unter einem autoritären Regime für eine gewisse Zeit Assimilation erzwingen. Wenn ich mir aber einige Länder ansehe, die ich besucht habe, nicht zuletzt manche Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen Menschen zu Stalins Zeiten mehr oder weniger gezwungen wurden, zum Homo sovieticus zu werden, stelle ich fest, dass sie dennoch ihre Identität bewahrt haben. Ich habe Menschen getroffen, die auch nach 100 Jahren der Assimilierungsbestrebungen ihrer Kultur treu geblieben sind, weil ihre Großmütter und andere die Nachkommen ihre Religion, ihre Sprache und ihre Kultur gelehrt haben. Sie können also die Identität für eine Weile unterdrücken, aber Assimilierung kann man auf Dauer nicht erzwingen.

Das ist auch meine Botschaft an die Regierungen: Wenn Sie einen Einheitsstaat schaffen wollen, so wird Ihnen das nicht gelingen, indem Sie Menschen dazu zwingen, identisch zu sein. Das ist potenziell gefährlich, schafft Konflikte und ist zum Scheitern verurteilt. Sie müssen den verschiedenen Gruppen vielmehr mit Achtung begegnen und ihnen Gelegenheit geben, ihre unterschiedlichen Traditionen und Kulturen zu

bewahren, und ihnen gleichzeitig den Zugang zur Kultur der Mehrheitsgesellschaft erleichtern, durch Sprache, durch Bildung. Bildung ist hier von grundlegender Bedeutung.

Schulen stehen im Mittelpunkt vieler Auseinandersetzungen und Spannungen, die Sie in Ihrem jüngsten Bericht an den Ständigen Rat ansprechen; gleichzeitig haben Sie aber immer wieder darauf hingewiesen, dass Bildung der Schlüssel zur Integration von Minderheiten sei. Welchen Rat können Sie zum Thema Bildung geben?

Bildung ist ein Instrument, eine Chance zur Integration, aber auch ein Konfliktszenario. Deshalb ist Schulpolitik so wichtig. Zu allererst halte ich es für wichtig, Kindern eine qualitativ hochwertige Schulbildung mitzugeben. Das ist natürlich nicht leicht. Dazu werden finanzielle Ressourcen benötigt, es hat aber auch mit Prioritäten und der Vorstellung von guter Bildung zu tun. Eltern, Lehrer und Schüler müssen ernst genommen werden und es muss auch die örtliche Gemeinschaft eingebunden werden – vor allem in Ländern, in denen es Gebiete mit hohem Minderheitenanteil gibt. Wenn eine Zentralregierung eine Politik ohne Abstimmung mit den örtlichen Gemeinschaften und Akteuren aufzwingt, wird das nur selten funktionieren. Dasselbe gilt für ein mehrsprachiges Schulwesen, das ein wichtiges Instrument zur Förderung der Integration in multiethnischen Gesellschaften ist. Ohne angemessene Einbeziehung der Akteure und entsprechende Ausbildung der Lehrer kann das jedoch heftige negative Reaktionen auslösen, und wenn dann neue Minister kommen und das einführen wollen, sagen die Leute: „Oh nein, das haben wir versucht, kommen Sie uns nicht noch einmal damit.“

Das Wichtigste, bevor mit der Umsetzung einer Politik begonnen wird, ist, mit den Menschen zu arbeiten und ihnen zuzuhören, die Lehrer auszubilden und mit den Eltern zu sprechen und zu erklären, warum Sie tun, was Sie tun. Andernfalls müssen Sie mit Ablehnung rechnen, die nur schwer zu überwinden ist.

In Georgien befassen wir uns seit mehr als zehn Jahren mit dem mehrsprachigen Unterricht. Beim mehrsprachigen Unterricht an Schulen und für Beamte und Lehrer gab es einige Rückschläge, aber auch Erfolge. So haben wir zum Beispiel in Gebieten mit hohem armenischem bzw. aserbaidisch-georgischem Bevölkerungsanteil sogenannte „Sprachhäuser“ eingerichtet, in denen Lehrer und Beamte die Staatssprache lernen können. Ich habe Menschen getroffen, die mir sagten, sie hätten dank dieses Kurses ihren Arbeitsplatz behalten. Wenn man so etwas hört, ist man



glücklich. Es mag nichts Weltbewegendes sein, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Sie haben angekündigt, dass Sie sich intensiv mit der Frage der Staatsbürgerschaft in der heutigen Zeit befassen wollen – warum?

Die Frage der Staatsbürgerschaft ist schwierig und kompliziert. Wir alle haben das Recht auf eine Staatsbürgerschaft. Aber es gibt zum Beispiel nur wenige internationale Standards für Doppelstaatsbürgerschaft. In unseren modernen Gesellschaften kann es durchaus sein, dass Menschen – sei es aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Geschichte, aus Gründen der Mobilität – mehrere Staatsbürgerschaften anstreben, weil sie sich mehreren Staaten zugehörig fühlen. Und das schafft manchmal Probleme, weil in verschiedenen Staaten unterschiedliche Gesetze gelten, von denen einige Mehrfachstaatsbürgerschaften verhindern. Nach meinen Gesprächen mit Regierungen wurde mir klar, dass es sich hier um ein gemeinsames Problem handelt. Wir möchten einen Expertenworkshop organisieren, der sich mit folgenden Fragen beschäftigt: Was ist Staatsbürgerschaft? Was bedeutet sie? Welche Rechte verleiht sie? Mit welchen Pflichten ist sie verbunden? Welche Folgen haben Mehrfachstaatsbürgerschaften?

Angesichts der Mobilität unserer Zeit, in der Menschen so problemlos von einem Land in ein anderes reisen, können wir uns auch fragen: Was bedeutet es, Staatsbürger zu sein? Wo gehöre ich hin? In vielen Ländern können Sie heute an Kommunalwahlen teilnehmen, auch wenn Sie kein Staatsbürger sind. Hier eine weitere Frage, die wir diskutieren können: Wie können wir sicherstellen, dass Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft an der Gesellschaft teilhaben, in der sie leben?

Wenn Sie an Ihre Zeit als Hoher Kommissar zurückdenken, worauf sind Sie besonders stolz?

Ich würde nicht sagen, dass ich stolz darauf bin, aber was mich freut, ist, dass die Institution als wichtig angesehen wird. Ich freue mich ganz besonders, wenn Menschen, Länder und Regierungen zu uns kommen und fragen: „Können Sie uns

helfen?“ Das kommt immer öfter vor. Auch wenn ich mir die örtlichen Gemeinschaften ansehe, mit denen wir uns befassen, und bemerke, dass ausgegrenzte, entfremdete Gruppen langsam beginnen, sich an der Gemeinschaft zu beteiligen, selbst wenn das örtlich sehr begrenzt passiert, keine große Politik, so befriedigt mich das ungemein, weil es zeigt, dass unser Ansatz und unsere Methoden, die Arbeit, die wir leisten, nicht umsonst sind.

Gibt es etwas, was Sie heute anders machen würden?

Vieles würde ich heute anders machen. Aber Teil einer Institution zu sein, hilft mit, Fehler zu vermeiden. Wenn ich mit irgendeiner ausgefallenen Idee daherkomme, sagen mir meine Berater: „Ja, Chef, klingt gut, aber ...“ und raten mir dann klugerweise, noch einmal darüber nachzudenken. Mit unserem allgemeinen Arbeitskonzept bin ich sehr zufrieden. Es sorgt für Kontinuität und wir haben ein großartiges Team.

Da unsere Arbeit prozesshaft verläuft, bemühen wir uns, sie regelmäßig zu überprüfen und zu sehen, was wir daraus lernen können. Mit unserem Auftrag zur Frühwarnung und zu frühzeitigem Eingreifen besteht die Herausforderung darin, Augen und Ohren offen zu halten und Mitarbeiter in den verschiedenen Ländern zu haben, die die Lage wirklich aufmerksam verfolgen. Es ist auch eine Frage der Kapazitäten. Das heißt, dass wir Schwerpunkte setzen müssen. Wir müssen also herauszufinden versuchen, wo ein Konflikt entstehen könnte, damit wir unsere Untersuchungen, unsere Analysen und Aktivitäten auf diese Gebiete konzentrieren können.

Möchten Sie Ihrem Nachfolger einen Rat mit auf den Weg geben?

Mit Ratschlägen für Nachfolger sollte man äußert vorsichtig sein! Aber eine Erkenntnis möchte ich ihm mit auf den Weg geben: die Wichtigkeit von Beharrlichkeit und Konsequenz. In der internationalen Politik stellt man heute immer wieder fest, dass man das Thema wechselt, je nachdem, was gerade auf der politischen Agenda ganz oben steht. Das heißt, dass wir oft Aufgaben unerledigt lassen. Meinem Vorgänger und mir ist es gelungen, lange im Amt zu bleiben. Während andere gekommen und gegangen sind, haben wir weitergemacht, und das ist meiner Meinung nach von grundlegender Bedeutung. Ich glaube, die Regierungen vertrauen uns, weil sie sehen, dass wir da sind und da bleiben. Wir haben einen langen Atem. Wichtig ist, dass man mit uns rechnen muss, auf uns zählen darf und man uns vertraut.



European Union flags in front of the Brdo Congress Centre, at the launch of the Ljubljana Guidelines, Brdo, Slovenia, 7 November 2012 (OSCE/Michelle Pirotta)

Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten

Haager Empfehlungen zu den Rechten nationaler Minderheiten im Bildungswesen (1996)

Oslo-Empfehlungen zu den sprachlichen Rechten nationaler Minderheiten (1998)

Lund-Empfehlungen zur wirksamen Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben (1999)

Richtlinien zum Gebrauch von Minderheitensprachen im Rundfunk (2003)

Empfehlungen zur Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften (2006)

Bozner Empfehlungen zu nationalen Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen (2008)

Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften (2012)

Siehe auch: Warschauer Richtlinien zur Unterstützung nationaler Minderheiten bei der Beteiligung an Wahlen (2001), erstellt vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), in denen maßgebliche Bestimmungen aus den Lund Empfehlungen übernommen wurden.

Besuchen Sie die Homepage des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten: www.osce.org/oscehcnm

Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften, November 2012

„Wenn heterogene Gesellschaften keine gute Integrationspolitik haben, besteht die Gefahr, dass verschiedene Gemeinschaften, vor allem große und territorial konzentrierte Volksgruppen, sich zunehmend absondern, kaum Interesse an allgemeinen Belangen zeigen und sich nicht zugehörig fühlen. Eine solche Spaltung in Parallelgesellschaften ohne gemeinsame Berührungspunkte gefährdet die Lebensfähigkeit und Stabilität jedes multiethnischen Staates. Dieser Gefahr kann durch einen wirksam gesteuerten Integrationsprozess entgegengewirkt werden, der unverzichtbar ist, um zu verhindern, dass sich Spannungen zum Konflikt ausweiten, und der überdies eine Grundvoraussetzung für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft ist. Integration bedeutet grundsätzlich die Wahrnehmung der mit der Souveränität verbundenen Verantwortlichkeiten, darunter die Achtung der Menschenrechte und die Gewährleistung einer guten und effektiven Staatsführung, und ist eng verknüpft mit der Grundstabilität jeder pluralistischen Gesellschaft.“

„Mit den Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften sollen diese Überlegungen und Ansätze im Bewusstsein verankert werden. Sie beschränken sich nicht darauf, der Anerkennung der Kultur, Identität und politischen Interessen von Minderheiten zum Durchbruch zu verhelfen, sondern legen den Staaten darüber hinaus nahe, dafür zu sorgen, dass über ethnische Trennlinien hinweg Wege der Kommunikation und Zusammenarbeit geschaffen werden. Es wird empfohlen, dass nationale Minderheiten nicht nur das gesetzlich verankerte Recht zur wirksamen Mitwirkung an der allgemeinen Staatsführung haben sollten, sondern dass sie dazu auch ermutigt werden sollten.“

– Hoher Kommissar für nationale Minderheiten, aus der Einleitung zu den Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften, November 2012

Die Richtlinien von Laibach können unter <http://www.osce.org/hcnm/96883> abgerufen werden.

MOLDAU

In der Vielfalt liegt die Stärke

von Paula Redondo Alvarez-Palencia

Was an Moldau so besonders fasziniert, ist die Vielfalt seiner Volksgruppen und seiner Sprachen. In diesem Land leben viele verschiedene Ethnien, die ganz viele unterschiedliche Sprachen sprechen, wie Rumänisch, Russisch, Ukrainisch, Gagausisch und Bulgarisch.

Ein gutes Beispiel dafür ist die im Norden Moldaus gelegene Stadt Bălți. Sie ist nach Chișinău und Tiraspol die drittgrößte Stadt des Landes, wirtschaftlich gesehen nimmt sie sogar die zweite Stelle ein. Wegen ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung wird sie gelegentlich als „Hauptstadt des Nordens“ bezeichnet. Im vergangenen Oktober begleitete ich Botschafterin Jennifer Brush, die Leiterin der OSZE-Mission in Moldau, auf ihrem Besuch in Bălți, wo sie mit Behörden und Vertretern der jüdischen, polnischen, russischen und ukrainischen Gemeinschaften zu Gesprächen zusammentraf. Eines der wichtigsten Themen, die sie mit den Behörden erörterte, war die Frage der nationalen Minderheiten und

des Gebrauchs ihrer Muttersprache und deren Berücksichtigung. Für Botschafterin Brush ist „Bălți ein wichtiger Knotenpunkt für Moldau, nicht nur wirtschaftlich gesehen, sondern auch wegen seiner besonderen multikulturellen und vielsprachigen Identität“.

Die russische Diaspora, mit der die Botschafterin zusammentraf, ist in der Region recht aktiv, trägt Fragen, die den Russischsprachigen am Herzen liegen, der Regierung von Moldau vor und versteht sich als Brücke zwischen Moldau und der Russischen Föderation. Im Gegensatz zu Chișinău wird in Bălți nach wie vor hauptsächlich Russisch gesprochen, woran sich auch in absehbarer Zukunft kaum etwas ändern dürfte.

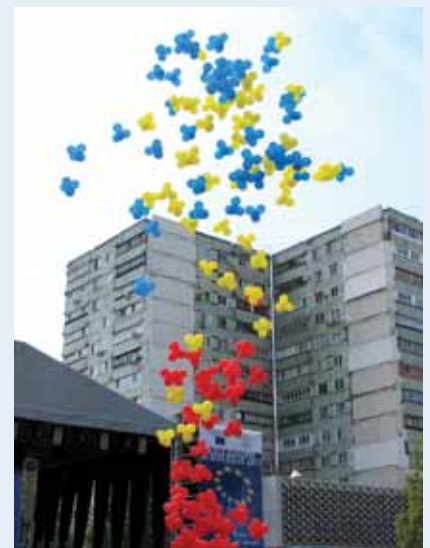
Die größte ethnische Minderheit in Bălți sind die Ukrainer, die mehr als 20 Prozent der Bevölkerung stellen. Botschafterin Brush traf mit Vertretern der ukrainischen Gemeinschaft in deren nach dem ukrainischen Dichter Taras Schewtschenko benanntes Kulturzentrum zusammen, um sich eine Vorstellung von ihren Problemen zu machen. Hier sind in erster Linie der Schulunterricht in ukrainischer Sprache und die schlechten wirtschaftlichen Aussichten der Jugendlichen zu nennen, die ebenso wie viele andere Moldauer gezwungen sind, in andere Länder auszuwandern.

Auch die polnische Diaspora ist in Bălți sehr präsent. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten hier rund 1000

Polen. Und aufgrund ihrer historischen Verbindung zu Polen, hat die Stadt sogar einen polnischen Namen: Bielce. Angaben der polnischen Botschaft in Chișinău zufolge leben heute mehr als 2000 Angehörige der polnischen Volksgruppe in Moldau. Die meisten von ihnen sprechen kein Polnisch, doch in Bălți haben sie sogar ein eigenes Kulturzentrum namens Polski Dom (zu Deutsch „polnisches Haus“), wo sie Sprachkurse besuchen und an kulturellen Aktivitäten teilnehmen können.

Botschafterin Brush stattete auch dem jüdischen Friedhof, der örtlichen Synagoge und der Holocaust-Gedenkstätte einen Besuch ab. Die jüdische Bevölkerung gehört seit alters her zum Stadtbild von Bălți. Angeblich war bis zum Zweiten Weltkrieg fast die Hälfte der Bevölkerung jüdisch; 1930 gab es hier mehr als 30 Synagogen, die größtenteils im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden. Nur mehr einige wenige sind heute noch in Bălți zu finden; rund 20.000 Menschen wurden Opfer des Holocaust, die Überlebenden emigrierten nach Israel und in andere Länder. Aus dieser Zeit sind eine sehr aktive jüdische Gemeinde und eine kleine Synagoge geblieben.

„Moldau ist ein Land am Schnittpunkt unterschiedlicher Zivilisationen. Die Menschen, die hier leben, haben den Aufstieg und Fall von Zivilisationen erlebt, die alle ihre Spuren hinterlassen haben. Diese Vielfalt macht die Stärke



Feiern zum Europatag in Bălți, 9. Mai 2011

1. Schulfrauen vor einem Informationsstand

2. Eine regionale Volkstanzgruppe führt überlieferte Tänze vor

3. Feiern zum Europatag (OSZE/ Veaceslav Balan)

des Landes aus, eine Stärke, die man annehmen muss – in einem Klima der Toleranz und der Achtung zwischen den Kulturen“, erläutert Brush. Und genau darin liegt eine der Aufgaben der OSZE-Mission in Moldau. Ihr Auftrag lautet, die Behörden in Moldau in Fragen der Menschenrechte und Demokratisierung, einschließlich Minderheiten- und Sprachenrechten, zu beraten. Zurzeit steht die Mission mit der moldauischen Regierung in einem Dialog, durch den sichergestellt werden soll, dass die

derzeit in Gang befindliche Reform des Bildungswesens den internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten im Bildungswesen entspricht.

Und auch der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten setzt sich für die Förderung der Integration nationaler Minderheiten in Moldau ein. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht seit 2012 die Unterstützung der moldauischen Regierung bei der Ausarbeitung einer umfassenden Integrationsstrategie,

die sich an den Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften orientiert. Ein wesentlicher Bestandteil davon ist das Bildungswesen und seine Bedeutung als Instrument der Integration, nicht der Spaltung. Auch an der Frage der Schulen in Transnistrien, die die lateinische Schrift verwenden, nimmt der Hohe Kommissar weiter Anteil.

—
Paula Redondo Alvarez-Palencia ist Sprecherin der OSZE-Mission in Moldau.

Mehr dazu unter www.osce.org/oscemoldova

MOLDAU

Eine Chance zur Verständigung

von Bob Deen

Das sprachliche Erbe Moldaus ist äußerst kompliziert, da es im Laufe seiner Geschichte einmal zum russischen und dann wieder zum rumänischen Einflussbereich in der Region gehörte. Sogar die Einigung auf den Namen der Amtssprache des Landes ist eine nach wie vor unbewältigte Herausforderung. In der Unabhängigkeitserklärung wird auf ein Sprachengesetz verwiesen, das von Rumänisch spricht, in der Verfassung heißt die Amtssprache Moldauisch, und viele sprechen überhaupt nur von der Staatssprache. Darüber hinaus hat das Russische, das noch immer in weiten Teilen des Landes gesprochen wird, den Status einer „Sprache für interethnische Kommunikation“.

Von der Sprachenfrage sind auch viele Angehörige der nationalen Minderheiten in Moldau betroffen, die neben ihrer nationalen Sprache oft auch Russisch sprechen, aber die Staatssprache mitunter nur ungenügend beherrschen. Daran scheitert auch ihre volle Teilhabe an der moldauischen Gesellschaft.

Ein Beispiel für die Bemühungen des Hohen Kommissars der OSZE

für nationale Minderheiten um die Förderung der Integration der moldauischen Gesellschaft ist ein 2005 begonnenes Projekt, bei dem Beamte in Minderheitsgebieten wie dem im Süden Moldaus gelegenen Gagausien Unterricht in der Staatssprache erhalten. In den sieben Jahren des Projekts besuchten über 2900 Bedienstete des öffentlichen Sektors einen Sprachunterricht vom Anfängerkurs A1 bis zum fortgeschrittenen Leistungsniveau C2.

Von Anfang an standen Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung im Mittelpunkt des Projekts. Im Mai 2008 ließen sich die teilnehmenden Sprachlehrer als eigene Organisation – unter der Bezeichnung Vereinigung europäischer Lehrer in Moldau (ANTEM) – registrieren, die seither zum wichtigsten Anbieter von Sprachkursen für Erwachsene in ganz

Moldau wurde. Sie bildet jedes Jahr rund 400 Erwachsene verschiedenster Berufe aus und erhält Zuwendungen aus privaten Quellen, die die Finanzierung durch den Hohen Kommissar ergänzen.

Die Sprachkurse werden von den örtlichen Behörden sehr gefördert: Sie wählen die Teilnehmer aus, gestatten ihnen die Teilnahme während ihrer Dienstzeit und übernehmen einen Teil der Kosten. In der nächsten Projektphase wird der Hohe Kommissar mit der moldauischen Regierung über die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur gesellschaftlichen Integration sprechen. Ein wesentlicher Bestandteil soll dabei die staatlich finanzierte Förderung für Sprachkurse in der Staatssprache für Beamten sein.

—
Bob Deen ist Leitender Berater des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten in Den Haag.



Sprachlehrer bei der Einschulung für eine neue Unterrichtseinheit der Sprachkurse für Beamte in Gebieten Moldaus mit Minderheitenbevölkerung (ANTEM)

SERBIEN

„Türöffner“
Polizei

von Adi Sinani und Nenad Celarević

Die Region Südosteuropa hat eine bewegte Geschichte, in der sich die Grenzen von Staaten und Reichen im Laufe der Zeit immer wieder verschoben haben. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung in Serbien heute von außerordentlicher Vielfalt geprägt ist. Den im November 2012 veröffentlichten Ergebnisse der 2011 durchgeführten Volkszählung zufolge gehört über eine Million der insgesamt 7.187.000 serbischen Bürger einer ethnischen Minderheit an.

In Anbetracht der ethnischen Vielfalt der serbischen Bevölkerung widmet sich die OSZE Mission in Serbien seit ihrer Gründung in enger Zusammenarbeit mit dem serbischen Innenministerium der Förderung eines Polizeidienstes, der dem multiethnischen Charakter Serbiens

Rechnung trägt. Dabei folgt sie gewissenhaft den vom Hohen Kommissar der OSZE herausgegebenen Empfehlungen zur Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften, in denen betont wird, dass gute Polizeiarbeit in multiethnischen Gesellschaften ein Vertrauensverhältnis zwischen der Polizei und den Minderheiten voraussetzt. „Der Aufbau einer stabilen Demokratie in einer multiethnischen Gesellschaft verlangt einen professionellen Polizeidienst, der das Spiegelbild der Bevölkerung ist, der er dient“, meint Paula Thiede, die amtierende Leiterin der Mission.

Zu diesem Zweck organisiert die Mission Besuche von Jugendlichen aus nationalen Minderheiten der verschiedenen Landesteile im Zentrum für polizeiliche Grundausbildung (BPTC) des serbischen Innenministeriums in Sremska Kamenica (60 km nördlich von Belgrad), um die jungen Leute zu einer Polizeiaufbahn zu ermutigen. Das BPTC wurde 2007 mithilfe der Mission von der ursprünglichen vierjährigen Polizeischule des Innenministeriums aus den 1960er Jahren in ein

modernes Zentrum für polizeiliche Grundausbildung umgewandelt.

In den letzten drei Jahren haben zweihundert junge potenzielle Polizeirekruten das Ausbildungszentrum besucht. Sie kamen aus ganz Serbien: Albaner aus dem Süden, Bosniaken aus dem Südwesten, Slowaken und Ungarn aus der Wojwodina im Norden sowie Roma, Ägypter und Aschkali aus dem ganzen Land. Sie erhalten Informationen über die Einschreibung und den Lehrplan, nehmen an Vorlesungen teil, machen praktische Tests und sprechen mit Kadetten und Polizeibeamten im aktiven Dienst über deren Erfahrungen.

Ein Besucher im BPTC war Edip Aliu, ein junger Albaner aus Presevo in Südserbien nahe der Verwaltungsgrenze zum Kosovo, der das Zentrum vom 5. bis 7. November 2012 besuchte. Aliu kam mit einer Gruppe von 50 ethnischen Albanern, Serben und Roma, die alle aus derselben Region stammten. „Als Polizist könnte ich zur Sicherheit meiner Gemeinschaft, meiner Heimatstadt und meines Volkes beitragen“, sagte Aliu. Irmame Maliqi,



eine junge ethnische Albanerin ebenfalls aus Presevo, war derselben Meinung. „Ich glaube, meine Familie würde mich dabei unterstützen, Polizistin zu werden“ – was als ermutigender Hinweis darauf zu werten ist, dass sich bei einigen Mitgliedern der albanischen Gemeinschaft in Serbien die Meinung über staatliche Behörden verbessert hat.

Dank eines Finanzierungsbeitrags der deutschen Botschaft in Höhe von 8.000 EUR konnte die OSZE-Mission dem BPTC 20 Lizenzen für eine mehrsprachige Rekrutierungssoftware zur Verfügung stellen, die von der Creative Softlab Company gemeinsam mit dem serbischen Psychologenverband entwickelt wurde. Mit dieser Software, die im Zentrum bereits erfolgreich eingesetzt wird, können Bewerber die Aufnahmeprüfung in Serbisch, Ungarisch, Albanisch, Slowakisch, Tschechisch, Romani, Rumänisch, Bulgarisch und Ruthenisch ablegen.

„Unser Ziel ist es, mehr junge Leute aus Minderheitengemeinschaften für unser Programm zu gewinnen“, erklärt Biljana Puskar, die Direktorin des BPTC. „Und ihnen die Aufnahmeprüfung in der Sprache ihrer Minderheit zu ermöglichen, ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels.“

—
Adi Sinani ist Programmassistent, Nenad Celarević Nationaler Programmreferent in der Abteilung Demokratisierung der OSZE-Mission in Serbien.

Mehr dazu unter www.osce.org/osceserbia

Vorhergehende Seite
Besuch des Zentrums für polizeiliche Grundausbildung des serbischen Innenministeriums (BPTC) in Sremska Kamenica, 2011 (OSZE/Milan Obradovic)

Diese Seite (oben)
Eine Gruppe von Studierenden und OSZE-Mitarbeitern bei einem Studienbesuch am BPTC, 6. November 2012. (OSZE/Milan Obradovic)

Diese Seite (unten)
Gemeinsame Präsentation der mehrsprachigen Rekrutierungs-Software durch OSZE und BPTC. Mit dieser Software können die Bewerber die Aufnahmeprüfung neben Serbisch in weiteren acht Minderheitssprachen ablegen. Sremska Kamenica, 6. November 2012. (OSZE/Milan Obradovic)





Illustration Paul Jackson

Raketen- forscherin trifft dänische Wikingerin

von Karolina Hyza

Flüchtlingsfrauen und Immigrantinnen können oft ohne Ausbildung und schwer vermittelbar sein. Sie können dem Sozialsystem ihres Ziellandes zur Last fallen oder durch das soziale Netz rutschen und in Armut geraten. Andere wiederum sind hoch qualifiziert, eine potenzielle Bereicherung für das von ihnen gewählte Aufenthaltsland, und dennoch gelingt es ihnen aufgrund sozialer oder kultureller Barrieren nicht, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

So erging es Desiree, einer intelligenten brasilianischen Wissenschaftlerin, die in Kopenhagen (Dänemark) gestrandet war. Bis sie Catharina traf, Mentorin für ein innovatives Programm des Dänischen Zentrums für Geschlechtergleichstellung und Vielfalt (KVINFO). Das KVINFO bringt seit 2002 Flüchtlingsfrauen und Immigrantinnen mit Frauen zusammen, die auf dem dänischen Arbeitsmarkt aktiv sind. Bisher betreute das Programm über 6000 Frauen, und sein Netz gilt als das weltweit größte seiner Art. Es wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet und war beispielgebend für ähnliche Initiativen in Dänemark und im Ausland.

Im Januar 2013 nimmt die OSZE ein Projekt in Angriff, zu dem bisher Norwegen und Österreich Finanzierungsbeiträge geleistet haben, das ein Handbuch und Material zur Projekt-durchführung für potenzielle Nachahmer des KVINFO-Modells in der OSZE-Region erarbeiten soll. Wenn es um Menschen geht, liegt jeder Fall anders. Mentoring hilft dabei, ein sicheres Leben aufzubauen, wobei immer jeweils eine Person im Mittelpunkt steht. Aber das Vervielfältigungspotenzial ist unendlich groß.

Catharina, Ethnologin und Expertin für menschliche Ressourcen

Ich bin Dänin und lebe in Kopenhagen. Ich bin ausgebildete Ethnologin, arbeite aber im Geschäftsbereich Human Resources für Danish Rail. Einer meiner Freunde war Mentor beim KV-INFO und meinte, das könnte auch mir gefallen. Ich würde interessante Menschen kennenlernen, es mache Spaß und da ich im Ausland gelebt und einen akademischen Hintergrund hätte, wäre es einfach das Richtige für mich. Also dachte ich: „OK, ich gehe einfach zu einer der abendlichen Einführungen und sehe mir an, was sie zu bieten haben.“ Ich erfuhr, dass ich Menschen bei der Berufswahl beraten oder auf Vorstellungsgespräche vorbereiten könnte. Die Dänen haben ganz bestimmte Vorstellungen davon, wie sich Arbeitsuchende bei Vorstellungsgesprächen verhalten sollten. Darüber hatte ich noch nie nachgedacht, und diese Überlegung konnte auch in meiner eigenen Arbeit von Nutzen sein. Nachdem ich im System war, tat sich lange nichts, bis ich eines Tages einen Anruf erhielt und erfuhr, es gebe da jemanden aus einem anderen Tätigkeitsbereich als meinem eigenen, aber die Person könnte zu mir passen. Nach der ersten Beschreibung von Desiree fragte ich mich: „Was kann denn ich hier beitragen? Eine Raketenforscherin! Worüber können wir wohl sprechen? Die ist ja viel klüger als ich.“ Ich fühlte mich eingeschüchtert, war aber trotzdem auch neugierig, also sagte ich: „OK, versuchen wir’s.“ Und dann lernte ich diese wunderbare Person, Desiree, kennen. Es war das Zusammentreffen einer großen Wikingerin – das bin ich – mit einer weltoffenen Brasilianerin. Sie ist alles, was man sich nur wünschen kann: ruhig und trotzdem voller Energie und sehr souverän. Aber jeder braucht einen anderen zum Reden, wie wir schnell herausfanden, und jedem tut es gut, sich auf einer anderen Ebene als mit Freunden oder der Familie auseinanderzusetzen.

Bevor ich Desiree zum ersten Mal traf, bereitete ich mich vor, indem ich für mich als Mentorin gewisse Richtlinien definierte. Es war klar, dass ich beraten, nicht Anweisungen geben wollte. Desiree sollte ihre eigenen Entscheidungen treffen. Ich sah meine Aufgabe darin, herauszufinden, was sie selbst eigentlich wollte. Davon ausgehend konnte ich Vorschläge machen, wie sie das verwirklichen kann, und ihr die verschiedenen Entscheidungs- oder Wahlmöglichkeiten aufzuzeigen. Es läge dann an ihr, sie zu befolgen oder nicht. Desiree verstand sehr schnell, was ich meinte, ohne es ausdrücklich

zu sagen. Wir unterhielten uns ausführlich über Netzwerken. In Brasilien konnte sie leicht auf Menschen zugehen, aber in Dänemark hatte sie das Gefühl, dass sie erst durch einen Filter musste. Ich riet ihr, ihre Persönlichkeit als Türöffner einzusetzen, und aus ihrem Anderssein Kapital zu schlagen. Manchmal muss man jemanden ansprechen, zögert aber, da man nicht aufdringlich erscheinen will, vor allem als Frau. Oft braucht man jemanden, der einem einen leichten Schubs gibt, damit man Möglichkeiten wahrnimmt, die ohnehin vorhanden sind.

Desiree fand sehr schnell ihren Traumjob. Aber wir beschlossen, weiterzumachen. Wir sprechen weiter über Karriereentscheidungen und über die Zukunft. Nach einem Jahr als Mentorin begann ich, über meine eigene Laufbahn und meine Vorstellungen nachzudenken. Unsere Beziehung hat sich also gewandelt: von Mentorin/Mentee hin zu Mentorin/Mentorin. Es wird oft übersehen, dass man als Mentorin selbst viel bekommt. Einen neuen Blick auf die eigene Kultur, auf sich selbst als Mensch, als Bürger, als Frau.

Desiree, Astrophysikerin

Als Physikstudentin im zweiten Studienjahr an der Universität São Paulo arbeitete ich gelegentlich in einem Laboratorium, das mit dänischen Wissenschaftlern zusammenarbeitete. Ich freundete mich mit einem sehr sympathischen dänischen Post-Doc-Forscher an und wir wurden ein Paar. Einige Monate später musste er zurück nach Dänemark. Ich stand mitten im Studium, das ich keinesfalls aufgeben wollte, nicht einmal der Liebe wegen. Doch schließlich beschlossen wir, dass ich in Dänemark weiterstudieren und dort mein Physikdiplom machen sollte. 2004, zwei Jahre, nachdem wir uns kennengelernt hatten, wurde ich an der Universität Kopenhagen angenommen.

Ich lebte bereits einige Jahre in Dänemark, als ich Catharina begegnete. Die Beziehung zu meinem Freund hatte nicht gehalten. Doch ich befand mich schon im Master-Studium in Astronomie an der Universität Kopenhagen, das ich nicht aufgeben wollte, um nach Brasilien zurückzukehren. Anders als die dänischen Studenten bekam ich keine finanzielle Unterstützung vom Staat und hielt mich mit ungelernten Jobs wie der Betreuung von Passagieren am Flughafen oder Babysitten über Wasser.

Dann erzählte mir eine brasilianische Freundin, die auch zum Studium nach Dänemark gekommen war, dass ihr das

Catharina und Desiree lernten einander im Mai 2010 über das KVINFO-Mentorship-Programm kennen und treffen einander seither regelmäßig. Im Dezember 2012 erzählten sie Karolina Hyza, Praktikantin in der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, ihre Geschichte.
Foto: KVINFO



Mentorenprogramm des KVINFO sehr geholfen habe, und riet mir, mich ebenfalls anzumelden. Damals war ich mit meinem Masterstudium fast fertig und machte mir Sorgen, ob ich die Zulassung zum Doktoratsstudium erhalten und Arbeit finden würde. Also bewarb auch ich mich um eine Mentorin.

Als mich das KVINFO dann kontaktierte, hatte ich schon die Hälfte meines Doktoratsstudiums in Astrophysik absolviert. Im Online-Formular auf der Website gab ich an, dass ich jemanden mit Hochschulbildung, möglichst im naturwissenschaftlichen Bereich suchte, der aber in der Industrie arbeitete, denn ich wollte nach dem Studium in die Privatwirtschaft gehen. Man sagte mir ständig, ich sei hoch qualifiziert und brauchte keine Hilfe. Aber ich hatte keine Ahnung, wie ich die Arbeitsuche angehen sollte, wenn es so weit wäre. Später erfuhr ich, dass die Leute im KVINFO große Schwierigkeiten hatten, eine passende Mentorin für mich zu finden. Schließlich teilten sie mir Catharina zu. Man sagte mir, sie habe einen anderen Hintergrund als den von mir gewünschten, aber sie könnte mir vielleicht auf andere Weise helfen. Sie war keine Naturwissenschaftlerin und arbeitete im Personalwesen.

Ich werde nie mein erstes Treffen mit Catharina vergessen. Wir verabredeten uns in Ricco's Kaffeebar bei der U-Bahnstation Frederiksberg. Catharina hatte eine Liste vorbereitet, was ich gut fand. Zwei Stunden lang stellte sie mir Fragen. Ich fühlte mich in ihrer Gesellschaft wohl und entspannt, obwohl sie sehr professionell zu Werke ging. Ich erinnere mich, dass ich sehr froh darüber war. Ich hatte soeben zwei Stunden mit einer Expertin verbracht, die mir Ratschläge gab. Was würde mich normalerweise eine

solche Beratung kosten, die Menschen wie Catharina unentgeltlich erteilen? Selbst wenn wir uns nie mehr wieder gesehen hätten, wäre ich für den Rest meines Lebens für diese zwei Stunden dankbar gewesen.

Wir trafen uns dann noch oft, in diesem Kaffeehaus und später in anderen. Ich wollte mit Catharina mein Netzwerk erweitern, Menschen kennenlernen, die mir weiterhelfen oder Ratschläge geben könnten. Catharina stellte mich niemandem vor und half mir auch nicht direkt bei der Arbeitssuche. Sie sagte mir nicht, was ich tun sollte. Sie hörte mir zu und sagte mir dann ehrlich und professionell ihre Meinung. Sie unterstützte mich in vielerlei Hinsicht, was sehr wichtig ist, wenn man sich unsicher fühlt. Catharina war eine großartige Mentorin.

Schließlich bekam ich den Job, den ich wirklich wollte. Ich arbeite als Post-Doc-Forscherin an der Technischen Universität von Dänemark. Die gemeinsame Arbeit mit Catharina hat also mein Leben tatsächlich verändert. Dadurch konnte ich in Dänemark bleiben. Beim Mentoring geht es hauptsächlich um Vertrauensbildung und persönliche Entwicklung. Nach jedem Treffen mit Catharina hatte ich das Gefühl, ich könnte jeden Job bekommen und tun, was immer ich wollte. Es gab so viele Möglichkeiten. Ich hatte es selbst in der Hand. Es tut gut, mit einer Dänin zu reden, die weiß, wie die Gesellschaft funktioniert, und mir die Sicht einer Einheimischen vermittelt.

Ich bin so sehr vom KVINFO-Programm überzeugt, dass ich inzwischen selbst Mentorin geworden bin. Wenn ich Catharina heute treffe, bringt sie mir bei, wie man eine gute Mentorin wird. Es macht mich glücklich, das weitergeben zu können, was ich bekommen habe.

Ukrainische Bücher des Jahres

Todestango (Таго смерті)

bisher noch nicht ins Deutsche übersetzt
(Charkiw, Folio, 2012)

von Jurij Vynnytschuk

Erhielt von BBC Ukrainian die Auszeichnung
„Buch des Jahres 2012“.



„Ein großer Roman über die Menschen von Lemberg, der von der Zwischenkriegszeit bis heute reicht und den ganzen Reichtum der Welt dieser Menschen einfängt, die aus verschiedenen Volksgruppen kommen und die die gemeinsame Liebe zu dieser Stadt verbindet. Jurij Vynnytschuk erzählt Geschichten aus dem Leben, aus dem Alltag, über die Liebe zwischen diesen Menschen ebenso wie über Tragisches wie den Holocaust, den er offenbar zum ersten Mal in der Literaturgeschichte unserer Zeit als Tragödie der Ukrainer, als die Tragödie unserer Vergangenheit, schildert“,

sagt Switlana Pyrkalo, Kommunikationsberaterin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die diesen Buchpreis vor acht Jahren ins Leben rief.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Preises wurde auch ein eigener Preis für das beste Kinderbuch verliehen. Die Geheimgesellschaft der Feiglinge und Lügner (Kiew: GraniT, 2012, bisher noch nicht ins Deutsche übersetzt), von Lesya Woronyna.

Die Auszeichnungen werden seit 2012 gemeinsam mit dem Kulturprogramm der EBWE von BBC Ukrainian verliehen.

Ukrainisches Nationalgericht: Borschtsch



Foto iStock photos

Zutaten

ca. 3 ½ Liter Wasser	10 Pfefferkörner, schwarz
½ kg Rindfleisch mit Knochen	3 Lorbeerblätter
1 rote Rübe, geraspelt	1 EL Tomatenmark
3 Kartoffeln, in Würfel geschnitten	1 Tomate, geschält und in Stücke geschnitten
1 Möhre, geraspelt	2 EL Pflanzenöl
1 Zwiebel, grob gehackt	1 TL Zucker
½ Krautkopf mittlerer Größe, in feine Streifen geschnitten	Salz nach Belieben
	2 Knoblauchzehen
	3 EL Petersilie und Dille

In einem großen Topf Wasser zum Kochen bringen. Rindfleisch und drei schwarze Pfefferkörner zugeben, auf kleiner Flamme ziehen lassen. Lorbeerblätter und Kartoffeln zugeben.

In einer Bratpfanne das Öl erhitzen, darin Möhren und Zwiebeln leicht anbräunen. Tomatenmark und zerkleinerte Tomaten zugeben, gut verrühren und etwas einkochen. Eine Tasse Brühe und rote Rüben zugeben, weichkochen.

Die Mischung zum Rindfleisch in den Topf geben. Die restlichen schwarzen Pfefferkörner sowie das Kraut zugeben und köcheln lassen. Mit Salz und Zucker würzen, zerdrückten Knoblauch begeben. Mit Petersilie und Dille bestreuen.

Heiß servieren. Dazu reicht man Sauerrahm und Schwarzbrot.

Aktuelle OSZE Publikationen

Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften herausgegeben vom Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, Den Haag

Handbook on Data Collection in support of Money Laundering and Terrorism Financing National Risk Assessments herausgegeben vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, Wien

OSCE Human Dimension Commitments, dritte Auflage herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Trial Monitoring: a Reference Manual for Practitioners herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Legal Digest of International Fair Trial Rights herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Guidelines on Human Rights Education for Law Enforcement Officials herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Guidelines in Human Rights Education for Secondary School System herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Training Against Hate Crimes for Law Enforcement: Programme Description herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Creating a Probation Service in the Republic of Armenia: a Baseline Study herausgegeben vom OSZE Büro in Eriwan

Jahresberichte

Annual Evaluation Report on the Implementation of the 2004 OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality

Activity Report 2011–2012 of the Office of the Co-ordinator of OSCE Economic and Environmental Activities

Hate Crimes in the OSCE Region: Incidents and Responses. Annual Report 2011 herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Warschau

Combating Trafficking as Modern-Day Slavery: A Matter of Non-Discrimination and Empowerment. Jahresbericht 2012 der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels Wien

Alle Jahresberichte sind in Englisch verfügbar.

In Kürze

CSCE/OSCE Oral History Neun Interviews mit Botschaftern und hohen Beamten, die die Anfänge der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), aus der die OSZE hervorging, vom Entstehen der Schlussakte von Helsinki bis in die erste Hälfte der Neunzigerjahre miterlebten. Im März 2013 vom Prager Büro veröffentlicht, das das OSZE-Archiv beherbergt und das Programm Researchers-in-Residence betreut. Erscheint im März 2013.

Nähere Auskünfte dazu erteilt: alice.nemcova@osce.org

Sicherheitsgemeinschaft: Ihre Meinung interessiert uns



Illustration Paul Jackson

Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziel. Was heißt das konkret? Wie lässt sich diese Vision verwirklichen? Wo müssen wir anfangen? Uns interessiert, was Sie darüber denken. Richten Sie Ihre Antworten auf diese Fragen an: osce.magazine@osce.org

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

57 Teilnehmerstaaten

Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern

11 Kooperationspartner

Afghanistan, Ägypten, Algerien, Australien, Israel, Japan, Jordanien, Marokko, Südkorea, Thailand, Tunesien

OSZE-Vorsitz 2013: Ukraine

Beschlussfassungsgremien

- Ministerrat
- Ständiger Rat (Wien)
- Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

Institutionen

- OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)
- Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (Den Haag)
- OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit (Wien)

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Zentralasien

- OSZE-Zentrum in Aschgabat
- OSZE-Zentrum in Astana
- OSZE-Zentrum in Bischkek
- OSZE-Büro in Tadschikistan
- OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Osteuropa

- OSZE-Mission in Moldau
- OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

Südkaucasus

- OSZE-Büro in Baku
- OSZE-Büro in Eriwan
- Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Südosteuropa

- OSZE-Präsenz in Albanien
- OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina
- OSZE-Mission im Kosovo
- OSZE-Mission in Montenegro
- OSZE-Mission in Serbien
- OSZE-Mission in Skopje

Sicherheitsgemeinschaft

Herausgeber: OSZE Sekretariat
Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat
Wallnerstrasse 6
A-1010 Wien (Österreich)
Tel.: +43 1 51436 6267
osce.magazine@osce.org

Die Druckausgabe ist in Englisch und Russisch verfügbar, Online in den Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch unter www.osce.org

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten in gleicher Weise für männliche wie weibliche Amtsträger.

Verantwortlich für die Redaktion

Ursula Froese

Redaktion

Marcel Pesko, Miroslava Beham, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov, Frane Maroevic, Ian Mitchell, Niamh Walsh

Gestaltung

Julie Kim
Nadina Avdagic

Druck

Ferdinand Berger & Sons
(Dieses Druckerzeugnis ist aus Material hergestellt, das aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen stammt.)

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Das Titelblatt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ ist als Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft und damit zusammenhängenden Fragen gedacht. Beiträge von Künstlern sind erwünscht. Die Urheberrechte bleiben beim Künstler.

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Texte wird kein Honorar bezahlt. Beiträge richten Sie bitte an: oscemagazine@osce.org

Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre Beiträge.

